

Michael R. Krätke

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

UND

MARKTSOZIALISMUS

“Dass alle Theorie grau sei, läßt Goethe Mephistopheles dem Schüler predigen, den er an der Nase herumführt; der Satz war Ideologie schon am ersten Tag. Betrug darüber, wie wenig grün des Lebens Baum ist, den die Praktiker gepflanzt haben, und den der Teufel im gleichen Atemzug mit dem Metall Gold vergleicht; das Grau der Theorie seinerseits ist Funktion des entqualifizierten Lebens. Nichts soll sein, was nicht sich anpacken läßt; nicht der Gedanke.”

Theodor W. Adorno

1. Nach dem Neoliberalismus - auf der Suche nach dem verlorenen „dritten Weg“

Allem offiziell bekundeten Pragmatismus zum Trotz: Mangel an Utopien hat die europäische sozialistische Bewegung auch heute nicht. Selbst im (alten) Streit über “dritte Wege” war allen Beteiligten klar, wohin der jeweilige Dritte Weg führen sollte - zum Sozialismus bzw. Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft. Ein besserer Weg zum Ziel war gemeint und der bessere Weg sollte in der Regel auch zu einem besseren Sozialismus führen.¹ Normativ oder in “Werten” gesprochen wußten europäische Sozialisten durchaus, was sie wollten: reale und gleiche Freiheit für alle, Freiheit von Not, von (Existenz)-Angst, von Ausbeutung und Unterdrückung, ein Ende der Klassenprivilegien und anderer, nicht legitimierbarer Formen der sozialen Ungleichheit, ökonomische Selbstbestimmung statt Unterwerfung unter blindwaltende “Naturgesetze” der Ökonomie. Sie standen und stehen damit in einer altehrwürdigen, noblen Tradition der demokratischen politischen Theorie des 19. Jahrhunderts (geprägt von den Zeitgenossen Tocqueville, John Stuart Mill und Marx): Demokratie ist auf die Dauer nur in einer Gesellschaft möglich, die selbst “demokratische” Züge hat, nicht in einer Klassengesellschaft, nicht in einer kapitalistischen ökonomischen Ordnung (vgl. Krätke 2003).

Als der Glaube an den endgültigen Sieg des Kapitalismus in der europäischen Sozialdemokratie um sich griff, kam dem “dritten Weg” das Ziel abhandeln. Es ging nur noch um ein angeblich pragmatisches Kombinieren von mehr oder weniger “Angebotspolitik” mit einem bißchen “Nachfragepolitik” in wechselnden Dosierungen, um das Vermeiden der Extreme, um einen “sozial” abgefederten, um Ausgleich bemühten Politikstil, weder eindeutig “neoliberal”, noch klar “keynesianisch”. Eine Politik also, die das altehrwürdige Wechselspiel von mal mehr, mal weniger “Interventionismus”, mal mehr, mal weniger “laissez faire”, das die Entwicklung des modernen Kapitalismus von Anfang an begleitet, reproduziert - und zwar in immer kürzeren (Wahl)Zyklen. Wenn die Protagonisten allerdings meinten, was sie sagen, wenn die neoliberalen Rezepte ebenso gescheitert sind wie die

¹ Es gab in der europäischen Sozialdemokratie eine lange Diskussion darüber, ob der “sowjetische Weg” nur ein besonders kostspieliger Umweg zum gleichen Ziel oder ein Irrweg von Anfang an war. Erst mit der zögerlichen Entstalinisierung wurde klar, dass die sowjetische Form der Staatsökonomie nicht reformierbar war, folglich in eine Sackgasse, weit weg von jeglichem Sozialismus, geführt hatte.

keynesianischen, dann müßten sie eine andere, radikalere Konsequenz ziehen. Wenn wenigstens annähernde Vollbeschäftigung mit derlei Konzepten nicht zu erreichen ist, dann liegt es jedenfalls für Sozialisten nicht so fern, sich nach einer anderen Form der Vollbeschäftigungsökonomie umzusehen. Und mehr als das. Es gibt gute Gründe, an der Maxime "Arbeit um jeden Preis", auch um den Preis der Aufgabe des in zwei Jahrhunderten erkämpften Niveaus an Arbeiterschutz und sozialer Sicherung, zu zweifeln.² Die europäische sozialistische Bewegung hat ja neben Vollbeschäftigung oder zumindest Beschäftigung für möglichst viele, ganz gleich zu welchem Preis, noch eine ganze Reihe anderer, beherzigenswerter Ziele formuliert - wie z.B. sinnvolle, nützliche Arbeit für alle, eine einigermaßen gerechte Verteilungsordnung, einen vernünftigen Umgang mit den nicht beliebig vermehr- oder reproduzierbaren Grundlagen des gesellschaftlichen Reichtums und aller weiteren Entwicklung menschlicher Gesellschaften, reale Freiheit für alle - zumindest Freiheit von unbeherrschbaren und undurchsichtigen "Marktzwängen".

2. Die Utopie des marktlosen Sozialismus und die Utopie des Marktsozialismus

Eine Sozialismus-Debatte gibt es auch heute noch. Selbst in den USA, wo dies allerdings ein rein akademisches Spiel ist. Diskutiert werden Modelle, gedachte bzw. denkbare „marktsozialistische“ Gesellschaftszustände, Wege dorthin oder gar Strategien auf diesen Wegen nur ganz am Rande. Ebenso wenig interessiert die Frage, wer sich eigentlich warum berufen fühlen soll, diesen Sozialismus-Modellen zum Durchbruch zu verhelfen. Diese heutige Debatte knüpft bei einer älteren, ebenfalls akademischen Debatte an, die

² Auch wenn die Beschäftigung insgesamt zunehmen kann, die Lage der Lohnabhängigen insgesamt wird dadurch kaum verbessert. Denn da das Arbeitsvolumen insgesamt nicht oder kaum steigt, wird nur Arbeit umverteilt - auf mehr Köpfe bzw. Arme, aber zu deutlich schlechteren Bedingungen für eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern. So dass in einigen Ländern, deren Regierungen den Kurs "Arbeit um jeden Preis" gefahren sind, in der Tat die Beschäftigung und die Erwerbsquote stiegen, aber die Lohnquote weiter sank. Die gar nicht so radikale Alternative - allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, allemal gerechtfertigt im Blick auf die in den letzten Jahren rapide gestiegene Arbeitsintensität in den meisten Branchen und Berufen - wäre volks- wie betriebswirtschaftlich sinnvoll, wird aber nicht verfolgt, weil diese Form der "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit", dem öffentlichen Gerede nach zu urteilen die Herzensangelegenheit aller Politiker aller Parteien, wohl zu effektiv sein könnte.

jedoch zu einer Zeit geführt wurde, als nicht wenige akademische Ökonomen vom unaufhaltsamen Siegeszug des Sozialismus überzeugt waren. Daher schien die Frage, ob so etwas wie “rationales“ Wirtschaften, ökonomische “Effizienz“ jenseits des Kapitalismus überhaupt denkbar sei, höchst aktuell. Zeitgenössische Kritiker hatten Marx bereits vorgeworfen, dass er nicht wie alle Sozialisten den Entwurf eines “sozialistischen Systems” liefere (vgl. z.B. Engels’ Brief an Marx vom 28. Mai 1876, MEW 34, S.18, wo er die entsprechende Klage Wilhelm Liebknechts referiert, er und Marx lieferten kein vollständiges Bild der “Zukunftsgesellschaft”). Allerdings, Andeutungen gab es, kurze, ironische Ausflüge in die Welt der sozialistischen Utopien, so z.B. im ersten Band des KAPITAL, wo Marx seine Leser einlud, sich doch einmal einen “Verein freier Menschen” vorzustellen (vgl. MEW 23, S. 93). Noch zu Marx’ Lebzeiten, in den Jahren 1877 und 1878, fand eine regelrechte Debatte um die Art der Wirtschaftsrechnung und -regulierung in einer sozialistischen Ökonomie statt, ausgetragen in den Spalten des *Vorwärts*, der *Zukunft* und des *Jahrbuchs für Sozialwissenschaft und Socialpolitik* und angestoßen durch Albert Schäffles Buch *Die Quintessenz des Sozialismus* (1874). Darin hatte Schäffle die “sozialistische Werttheorie” von Marx als eine Art von idealer Verteilungsnorm für den “Zukunftsstaat” gesehen und kritisiert: Ohne Berücksichtigung der Gebrauchswerte, der Bedürfnisse seien die Marxschen “Werte” als Leitfaden für eine volkswirtschaftliche Planung ungeeignet. Einige sozialdemokratische Theoretiker ließen sich in der Tat auf darauf ein und versuchten, genauere Skizzen der gemeinten “sozialistischen” Wirtschaftsordnung zu geben. Zum großen Missvergnügen des alten Marx, der daher auch erbittert schwieg.³ Mehr als die knurrige Randbemerkung in einem unveröffentlichten Manuskript, er habe sein Lebtag kein “sozialistisches System” aufgestellt, das sei daher eine Phantasie der Schäffle e tutti quanti (vgl. MEW 19, S. 357), kam von ihm nicht. Wer sich die damaligen Debattenbeiträge ansieht, wird das nachvollziehen können: Gerade von den theoretischen Wortführern der deutschen Sozialdemokratie wie Conrad Schramm wurde offenherzig verkündet, “Seltenheit” und “Nutzen” seien natürlich auch irgendwie wertbestimmend, Gebrauchswert” und “Kostenwert” seien daher irgendwie zu kombinieren und beides hätte in der sozialistischen Zukunftswirtschaft seinen Platz (vg. Grigorovici 1910, S. 498ff).

³ Vgl. die Darstellung dieser ersten theoretischen Debatte über eine sozialistische Wirtschaftsordnung und deren Funktionsweise bei Tatjana Grigorovici (1910). Sehr ergiebig war die Sache nicht. Ähnliche Debatten über die angebliche “Anwendung” bzw. “Ausnutzung” des Wertgesetzes wurden achtzig Jahre später wieder in der DDR geführt.

Am Ende des ersten Weltkriegs brach die sogenannte “Sozialisierungsdebatte” aus, als den Sozialisten in Deutschland und Österreich unversehens die politische Macht, d.h. die Regierungsgewalt auf lokaler und selbst gesamtstaatlicher Ebene zufiel und ihre Anhänger wie alle Welt erwarteten, nun würde aber endlich Ernst gemacht mit der immer wieder verkündeten “Vergesellschaftung” oder “Sozialisierung” der Produktionsmittel. Eine Zeit lang war die Sozialisierung das Thema, das alle öffentlichen Debatten beherrschte, das Schlagwort, in dem sich alle Hoffnungen und Befürchtungen bündelten. In Deutschland und Österreich wurde hochkarätig besetzte Sozialisierungskommissionen berufen, die Pläne zur Sozialisierung der Schlüsselindustrien auszuarbeiten hatten. Das taten sie auch.⁴ Allerdings fiel die politische Entscheidung gegen die vollständige und schleunige Sozialisierung spätestens im Frühjahr 1919, als die Räterepublik in Bayern und damit die Rätebewegung blutig unterdrückt wurde. Die politische Schlacht um die Sozialisierung war schon verloren, da begann Anfang der 1920er Jahre ein theoretischer Disput um die Möglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, der bis Ende der 1930er anhielt.⁵ Der Wiener Philosoph

⁴ Die deutsche “Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung der Industrie”, wie sie offiziell hieß, nahm ihre Arbeit bereits im November 1918 auf, trat am 7. Januar 1919 mit ihrem ersten Papier - “Allgemeine Grundsätze für die Sozialisierungsarbeit” - an die Öffentlichkeit und legte ihren ersten, vorläufigen Bericht - zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus, mit einem Mehrheits- und einem Minderheitsgutachten - bereits am 15. Februar 1919 vor. Im April 1919 löste sich die erste Sozialisierungskommission auf, ein Jahr später wurde unter dem Eindruck des erfolgreichen Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch die zweite Sozialisierungskommission berufen, die ihren Endbericht im Juli 1920 vorlegte. Die Berichte und Sitzungsprotokolle (die “Verhandlungen der Sozialisierungskommission” erschienen im Jahre 1920) der Sozialisierungskommissionen sind auch heute noch lesenswert, da sie erstens den Abschied vom naiven Konzept der Verstaatlichung beinhalten - Vergesellschaftung mit Verstaatlichung zu verwechseln ist also zumindest in Deutschland und Österreich spätestens seit 1919 nicht mehr möglich - und zweitens selten unverblümete Aussagen darüber enthalten, was die eigentlichen Streitfragen sind: Auch bei großzügigster Entschädigung ist es der enorme Machtverlust, der Verlust der Klassenherrschaft im Betrieb und über die produktiven Ressourcen der Gesellschaft, was die Unternehmer stört. Deren Vertreter in der Sozialisierungskommission, wie z.B. Robert Bosch, bewiesen wie immer ein gesundes Klassenbewusstsein.

⁵ Zu der damaligen Sozialisierungsdebatte zählen aber keineswegs nur theoretische Abhandlungen über die Probleme einer Planökonomie bzw. die Vorzüge einer nicht länger von Privateigentümern und Privatunternehmern dominierten Wirtschaft. Ab 1919 erschienen in Deutschland und Deutschösterreich eine Flut von programmatischen Schriften zur Sozialisierung von allem und jedem, zur Sozialisierung der Banken, zur Sozialisierung des Bergbaus, zur Sozialisierung des Bestattungswesens (!), zur Sozialisierung der

und Soziologe Otto Neurath ging darin am weitesten - mit dem Entwurf einer sozialistischen Naturalwirtschaft, die in der Tat ohne Geld, ohne Preise, ohne Märkte auskommen könnte (vgl. seine diversen Darstellungen in Neurath 1919, 1920, 1925).⁶ Vollsozialisierung hiess die Parole - und gemeint war der Übergang zu einer markt- und preislosen, folglich auch geldlosen Ökonomie, in der die Gesellschaft selbst die gesamte Produktion und Verteilung in die Hand nehmen und nach einem Gesamtplan gestalten würde. In dieser geldlosen "Verwaltungswirtschaft" sollte in der Tat eine gesamtwirtschaftliche Naturalrechnung stattfinden, auf der der gesellschaftliche Produktions- und Verteilungsplan - ausgerichtet am "Maximum des Lebensglücks" für alle Gesellschaftsmitglieder - aufbauen sollte. Neurath entwickelte das Bild dieser Planwirtschaft in zahlreichen Schriften und in vielen Details und propagierte seine Ideen unverdrossen, ohne Erfolg. Dennoch nahmen theoretische Gegner des Sozialismus, damals für kurze Zeit in der Minderheit, wie z.B. Ludwig von Mises die Herausforderung an und versuchten, den Spiess umzudrehen, nämlich gegen Neurath die Unmöglichkeit und unvermeidliche Irrationalität einer geld- und marktlosen Naturalplanwirtschaft zu beweisen.⁷ Gebrauchswerte, argumentierte von Mises, vor allem ihr "Nutzen", sei es für den Einzelnen, sei es für die Gesellschaft ließen sich nicht direkt

Bauwirtschaft, zur Sozialisierung des Haushalts (gemeint waren die privaten Haushalte, also die Domäne der Hausarbeit), zur Sozialisierung der Presse, zur Sozialisierung der Landwirtschaft, zur Sozialisierung der Wasserwirtschaft, zur Sozialisierung der Wohnungswirtschaft, ja zur Sozialisierung des Theaters - man denke und staune! In diesem kurzen Frühling der Hoffnung fehlte es den sonst so schwerfälligen Deutschen keineswegs an soziologischer Phantasie.

⁶ Otto Neurath war einer der bemerkenswertesten und produktivsten Köpfe des "Wiener Kreises". Seine diversen Schriften zur Sozialisierung im Sinne des Übergangs zu einer Naturalwirtschaft enthalten eine Vielzahl von überraschenden Einsichten und Pionierleistungen für die damals noch kaum existente Wirtschafts- und Sozialstatistik und für eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, von der die Ökonomen damals noch keinerlei klare Vorstellung hatten. Selbst der Human Development Index der UN, in dem Angaben zu Lebenserwartung, Gesundheit, Erziehung, Ernährung usw. wurde von Neurath antizipiert - im Bestreben, einen Index für das "Glück" der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft zu bestimmen, an dem sich Planer würden orientieren können. Anders als Lenin und die Bolschewisten war Neurath kein Bewunderer der deutschen Kriegs-Planwirtschaft, sondern durchaus ein Anhänger einer demokratisch organisierten Planökonomie.

⁷ Max Weber, der den Sozialismus ebenfalls für unvermeidlich hielt, schrieb 1919 in einem Privatbrief an Otto Neurath, er halte "die 'Planwirtschaftspläne'" für einen dilettantischen, objektiv absolut verantwortungslosen Leichtsinn sondergleichen, der den Sozialismus für hundert Jahre diskreditieren kann" (1921, S. 488).

berechnen. Und selbst wenn das für individuelle Konsumgüter vielleicht noch ginge, für die sogenannten “Kapitalgüter” (Produktionsmittel im weitesten Sinne) sei das ganz ausgeschlossen. Ohne Märkte und Preise, nur auf Grund von nicht berechenbaren, sondern höchstens rein spekulativ, per “Annahme” festsetzbaren Nutzengrößen, seien rationale Entscheidungen über alternative Verwendungen von Produktionsmitteln oder den Einsatz alternativer Technologien nicht zu treffen. Da eine sozialistische Naturalwirtschaft keine objektiven Maßstäbe für ökonomischen Erfolg oder Mißerfolg habe, da sie “Aufwand” oder “Kosten” und “Resultat” oder “Gewinn” bzw. “Verlust” nicht kenne und feststellen könne, sei eine “rationale” sozialistische Ökonomie ein Ding der Unmöglichkeit. Sie würde unweigerlich zur einer statischen und stationären, Innovationen systematisch vermeidenden bzw. unterdrückenden Wirtschaft degenerieren (vgl. von Mises 1920, 1922). Ohne Märkte, ohne Preisrechnung kein Sozialismus. Was zu beweisen war.⁸ Damit hatte von Mises eine Debatte um die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus ausgelöst, an der sich viele mit dem Sozialismus sympathisierende Ökonomen, aber auch etliche Leute, die ihre Gegnerschaft rational zu begründen suchten, beteiligten. In den dreißiger Jahren, als von irgendeiner Sozialisierung schon lange keine Rede mehr sein konnte, wurde diese inzwischen rein akademische Debatte vorläufig beigelegt - sie endete mit einem Sieg derjenigen, die die Möglichkeit einer rationalen, sozialistischen Wirtschaft behaupteten. Das schlagende Gegenargument - jedenfalls für Fach-ökonomien - kam aus den USA und wurde von Fred M. Taylor, der alles andere als Sozialist war, und Oskar Lange, damals einer der wenigen Spezialisten auf dem Gebiet der Walrasianischen Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, formuliert. Es lautete: Das Problem der Wirtschaftsrechnung oder besser der “Wirtschaftlichkeitsrechnung” ist auch in einer Planwirtschaft lösbar, wenn diese zugleich starke marktwirtschaftliche Elemente (z.B. Konsumgüter- und Arbeitsmärkte) enthält und die Planer über die gleichen, nämlich

⁸ Dem guten Mann entging ebenso wie dem applaudierenden akademischen Publikum, dass er soeben die soundsovielte Widerlegung der Grenznutzentheorie ausgesprochen hatte. Bis zum heutigen Tag hält sich in der sogenannten Sozialwissenschaft der Ökonomie eine merkwürdige Asymmetrie: Offiziell ist sie eine reine Preistheorie, die ohne Wertbegriff auszukommen meint, tatsächlich behelfen sich die Ökonomen fortwährend mit Wertgrößen, die mal als monetäre, mal als naturale Nutzengrößen erscheinen. In der gängigen, völlig unreflektierten Manier der Standardökonomie ist der Wertbegriff allerdings keiner, sondern reine Wortspielerei und Metaphysik. Gemessen an der Irrationalität der metaphysischen und pseudomathematischen Glaubenssysteme, die heutzutage Ökonomie genannt werden, befindet man sich beim alten Marx wie bei den klassischen Ökonomen noch stets am sicheren Ufer wissenschaftlicher Rationalität.

vollständigen und wahren Informationen verfügen, wie Walras sie seiner zentralen Figur, dem großen Auktionator, zugeschrieben hatte und wie sie die spätere Neoklassik jedem einzelnen Marktteilnehmer zuschrieb. Unter dieser Voraussetzung bestand die Arbeit der Planer nur noch darin, eine Anzahl von Gleichungen zu lösen. Das erschien zwar logisch möglich, aber wegen der riesigen Zahl der zu lösenden Gleichungen praktisch unmöglich. Oskar Lange schlug daher vor, die sozialistischen Planer sollten einfach die vorhandenen Marktpreise als Ausgangspunkt nehmen und dann mit leichten Variationen dieser Preise fortfahren - in der keineswegs gut begründeten Annahme, es handele sich dabei schon irgendwie um Gleichgewichtspreise. Dann sei das praktische Problem der Preisplanung, mithin auch der Wirtschaftsrechnung lösbar. Aber eben nur in einer sozialistischen Ordnung, die Märkte und Marktpreise bzw. funktionale Äquivalente dafür kennt und benutzt (vgl. Lange / Taylor 1938). Diese Antwort war und ist so gut oder so schlecht wie die zugrundeliegende (neoklassische) Markt- und Preistheorie. Oskar Langes Lösung eines vermeintlich "nur praktischen" Problems folgte der Walrasianischen Preistheorie und stellte kurioserweise eine Verbesserung des Walrasschen Modells dar - man brauchte einen "Sozialismus" um zu zeigen, dass es funktionieren konnte.⁹ Wer diese Lösung bezweifelte oder bestritt, mußte die Langesche Vorstellung "sozialistischer" Märkte und Preise bestreiten. Weil Märkte in der realen Welt des Kapitalismus ganz anders funktionieren als die herrschende neoklassische Lehre der Ökonomie behauptet, kann der am neoklassischen Modell orientierte sozialistische Markt auch nicht funktionieren (vgl. z.B. bereits Hayek 1935, Lavoie 1985).¹⁰ Dies Beispiel zeigt: Jede Diskussion über einen "machbaren" Sozialismus ist eine Diskussion über die tatsächlichen und vermeintlichen Systemeigenschaften des „real existierenden“ Kapitalismus; jede Diskussion über eine "Sozialisierung" ist so gut oder so schlecht informiert wie die Vorstellung von

⁹ Das Kuriosum erscheint in einem etwas anderen Licht, wenn man sich daran erinnert, dass Léon Walras nach eigenem Bekunden Sozialist war und den Ehrgeiz hatte, "wissenschaftlicher Sozialist" zu sein.

¹⁰ Um mich auf einen, allerdings entscheidenden Punkt zu beschränken: Die Walrasianische Gleichgewichtsökonomie ist eine geldlose Tauschhandels (barter) Ökonomie. Auf paradoxe Weise wird daher mit der Lange-Taylorischen Lösung des von Mises gestellten Problems doch die ursprüngliche Intention Neuraths - die Möglichkeit einer geldlosen Ökonomie zu beweisen - erfüllt. Allerdings ist diese Lösung aus dem genannten Grund, der falschen Abstraktion vom Geld und seinen diversen Rollen in einer Marktökonomie, unbrauchbar für jedes ernsthafte marktsozialistische Konzept.

“Kapitalismus“, von der sie ausgeht. Je unscharfer unser Bild von der “realen Welt der Kapitalismen“, je naiver unsere Vorstellung von der “realen Welt der Märkte“, desto roher und unangemessener ist unsere Vorstellung vom möglichen bzw. wünschbaren Sozialismus.

Marktsozialistische Konzepte haben eine Tradition, die den heutigen Diskutanten aus der angelsächsischen Welt in der Regel nur in Bruchstücken bekannt ist. In den Debatten um die Wirtschaftsreform (in den 1920er und 1930er Jahren) wurden Sozialisierungskonzepte mit wirtschaftsdemokratischen und genossenschaftlichen Vorstellungen verknüpft zu hochkomplexen Mischungen von Reformideen, in denen Märkte, zumindest einige Märkte durchaus noch ihren Platz hatten (vgl. z.B. Tisch 1932, siehe auch Novy 1978). Niemand hatte deswegen ein schlechtes Gewissen. Dazu war die Not der Inflation und Massenarbeitslosigkeit in der Nachkriegszeit und dann in der Weltwirtschaftskrise zu drängend. Selbstverständlich wurde in der europäischen sozialistischen Bewegung das prekäre sowjetische Experiment mit Sympathie betrachtet, aber nicht als Modell oder Vorbild akzeptiert.¹¹ Es gab andere, bessere Sozialismusmodelle.¹² Heute dagegen beherrscht ein Gestus der Entschuldigung die Debatte: Es handelt sich um “machbaren“, “pragmatischen“ Sozialismus, um einen unvermeidlichen „Kompromiß“, ein „zweitbestes“ Konzept - eben das, was nach dem Fall des Kommunismus noch denkbar und vertretbar sei (vgl. so z.B. Nove 1992, Yunker 1992, Miller 1989, Schweikart 1995 u.v.a.m.). Ein schlechtes Gewissen haben die Protagonisten im Blick auf den Markt, dessen angeblich unübertreffliche “Effizienz” durch sozialistische Steuerungselemente unweigerlich beeinträchtigt werde. Im Blick auf traditionelle sozialistische Wert- und Zielvorstellungen, die sie teilen, ist den meisten Diskutanten auch nicht wohl. Denn die erörterten

¹¹ Bis 1928 handelte es sich in der SU ja noch um einzelne planwirtschaftliche Versuche, zu einem guten Teil selbst um Gedankenexperimente, wenn auch solche, die Folgen haben sollten. Immerhin führten die planwirtschaftlichen Gedankenexperimente zu Erfindungen, die die Ökonomie nachhaltig beeinflussen sollten - wie der direkt an Marx anknüpfenden sektoralen Wachstumstheorie und der ebenfalls vom Marxschen Kreislaufschema direkt beeinflussten Input - Output Rechnung.

¹² Wie den kommunalen Sozialismus, der in etlichen europäischen Groß- und Mittelstädten unter sozialdemokratischer / sozialistischer Verwaltung praktiziert wurde. Voran stand das weltweit bewunderte “Modell” des “Roten Wien”, aber es gab auch eine ganze Reihe anderer, “roter” Städte, die Vorbildliches zu bieten hatten: Frankfurt, Amsterdam, Genf, Göteborg usw.

marktsozialistischen Formen würden diesen Zielen - sozialer Gleichheit, Freiheit, Autonomie, Vollbeschäftigung, sozialer Gerechtigkeit - keineswegs automatisch dienen. Deshalb, so warnen viele Marktsozialisten, solle man sich die Unterschiede zwischen den vorgeschlagenen marktsozialistischen Ökonomien und den bestehenden, real existierenden Kapitalismen nicht allzu groß vorstellen (vgl. Yunker 1992, 13).

Die meisten theoretischen Marktsozialisten reden viel vom Markt und schweigen von der Wirtschaftsdemokratie. Implizit ist allerdings in so gut wie allen marktsozialistischen Modellen ein starkes Element von Wirtschaftsdemokratie enthalten. Denn eine sozialistische Ökonomie setzt einen weit verbreiteten Unglauben an die ewige Notwendigkeit des Kapitals und seiner "Profitabilität" oder "Rentabilität" voraus. In einer sozialistischen Ökonomie stehen Zwecke und Ziele ökonomischen Handelns ebenso zur Debatte wie seine beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen. Eine Wirtschaftsdemokratie lebt davon, dass Fragen wie "wozu bzw. wofür und wie arbeiten?", "wozu und wie investieren?", "wozu bzw. wofür und wie konsumieren?" in aller Öffentlichkeit gestellt, erörtert und beantwortet werden können. Und mehr als das: Sie können nicht nur in aller Öffentlichkeit erörtert werden, sie müssen es. Investitionen ebenso wie Arbeit und Konsum sind in einer demokratischen wirtschaftlichen Ordnung eben keine reinen Privatsachen mehr, ökonomische Entscheidungen sind zu legitimieren und können kritisiert bzw. revidiert werden - bevor der "Markt" das erzwingt und sogar anders als der "Markt" will.¹³ Seine Majestät "der Markt" wird in jeder marktsozialistischen Ordnung wenigstens zum Teil entmachtet und als oberste Instanz ökonomischer Rationalität abgesetzt. Anders gesagt: Das, was als ökonomisch "rational" gelten soll, ist nach marktsozialistischen Vorstellungen nicht mehr jeder öffentlichen Debatte enthoben und versteht sich von selbst, darüber muß und kann gestritten werden.

Die Grundidee ist einfach: Die gedachte sozialistische Ökonomie soll eine Marktökonomie sein, in der die weitaus meisten Güter und Dienstleistungen, in der Regel auch die „Ware“ menschliche Arbeitskraft auf Märkten und zu Marktpreisen an den Mann gebracht

¹³ Das gilt jedenfalls solange, wie man sich nicht auf das semantische Spiel einläßt, in dem der Markt kurzerhand zur Idealform einer Demokratie verklärt wird, wo die angeblich souveränen Konsumenten ihren Willen durchsetzen. Darauf kommen wir noch.

werden.¹⁴ Aber ein vollständiges Privateigentum an Kapital und eine Klasse von privaten Kapitaleigentümern soll es nicht mehr geben; das Kapital soll in der einen oder anderen Form „sozialisiert“ und durch eine Form des Gesellschafts- oder Gemeinschaftseigentums an den produktiven Ressourcen ersetzt worden. Es handelt sich also in der Regel um die Vorstellung einer Marktökonomie, in der es zwar vielerlei Märkte, auch Arbeitsmärkte und rudimentäre Kapitalmärkte geben soll, aber keine Privatkapitalisten mehr (vgl. z.B. Miller 1989, 10; Pierson 1995, 84). Die zugrunde liegende Überlegung lautet schlicht: Man könne analytisch zwischen Markt und Kapitalismus unterscheiden und man könne darüber hinaus beides auch praktisch und institutionell scheiden, mithin den Markt - zumindest doch einige Märkte - behalten und sich vom Kapitalismus verabschieden.¹⁵ Marktsozialisten glauben, dass sich die meisten der bekannten Übel freier Märkte vermeiden ließen, wenn man nur ein Element wegnähme - den privaten Kapitaleigentümer in seinen diversen Gestalten. In der Regel denken die Marktsozialisten vor allem an Kontroll- und Einkommensrechte, die heutigen Eigentümern entzogen bzw. beschnitten werden sollen, während die Gebrauchs- oder Nutzungsrechte den Betrieben oder Produktionseinheiten zufallen sollen. Der „sozialistische“ Charakter des ganzen Konzepts steht und fällt mit der Antwort auf die Frage, wer oder was denn an die Stelle der alten Privatkapitalisten treten soll und wie die neuen Eigentümer des nicht mehr privaten Kapitals dafür sorgen können, dass es mit der Herrschaft der „Kapitallogik“ ein Ende hat. Da dies nicht mehr private Kapital von Betrieben angewandt werden soll, die in freier Konkurrenz auf Märkten interagieren, folgt daraus ein schwieriges Prinzipal - Agent Problem: Wie bringen die neuen Eigentümer ihre Agenten, die Betriebe, dazu, das zu tun, was sie wollen, und zwar auf eine Art und Weise, nämlich „marktrational“, mit größtmöglicher, einzelwirtschaftlicher „Effizienz“, die dem, was die Prinzipale wollen, nämlich z.B. möglichst hohe und möglichst stabile Beschäftigung, durchaus nicht entsprechen muß? Die Antwort wird, wenn überhaupt, auf einer vermittelnden Zwischenebene gegeben (bereits bekannt aus der Geschichte der Wirtschaftsreformdebatte): Irgendwo, etwa im öffentlichen Kreditsektor, muß es einen Ort geben, an dem die

¹⁴ Dies steht durchaus im Gegensatz zur klassischen Sozialismusvorstellung von Marx und Engels, in der es zentral um die „Aufhebung des Lohnsystems“, also gerade das Verschwinden eines Arbeitsmarkts mitsamt allen Formen der Lohnabhängigkeit geht.

¹⁵ Diese Vorstellung gibt es in den Köpfen nicht weniger Wirtschaftshistoriker. Selbst Fernand Braudel operiert in seiner groß angelegten Geschichte des Kapitalismus mit einer Dreiteilung der sozialökonomischen Welt in „Stockwerke“, die auf der Unterscheidung von

gewünschte und gemeinte, zumindest mögliche andere Rationalität der neuen Eigentümer auch zum Tragen kommt. Und zwar nicht nur rhetorisch, sondern mit merk- und fühlbaren ökonomischen Folgen für alle Beteiligten.

Nehmen wir zwei vieldiskutierte „Modelle“ des Marktsozialismus, die die Extreme der Debatte markieren, den „Aktionärssozialismus“ von John Roemer und die „ökonomische Demokratie“ von David Schweickart. John Roemers Modell sieht dem gegenwärtigen Kapitalismus so ähnlich, dass man schon genau hinsehen muß, um die „sozialistisch“ gemeinten Pointen zu erfassen. Es läßt sich mit Hilfe einer Reihe von Elementen, nennen wir sie „Basisinstitutionen“, näher beschreiben.

1. Alles Kapital der Nation besteht in Aktienform und wird gleichmäßig unter allen Bürgern aufgeteilt. Mit der Geburt erhält jeder Bürger seinen Anteil am gesellschaftlichen Aktienkapital, damit auch ein Einkommen (Dividende). Mit seinem Tode fallen seine Aktien vollständig an den Staat zurück. Jeder Bürger darf die Aktien, die ihm zugeteilt worden sind, gegen andere austauschen - er darf sie allerdings nicht verkaufen. 2. Alle Banken sind sozialisiert oder verstaatlicht worden. Diese Banken verhalten sich als Kreditgeber wie als Sparkassen und Kapitalsammelstellen im Prinzip genauso wie heutige Banken. 3. Die Betriebe agieren als selbständige Unternehmen auf Märkten in Konkurrenz miteinander, im Prinzip genauso wie heutige Privatunternehmen. Sie werden von Direktorien geleitet, drittelparitätisch zusammengesetzt aus Vertretern der hauptsächlichen Kreditgeber des Unternehmens, Vertretern der Beschäftigten und Vertretern der Aktionäre. 4. Der Staat betreibt eine langfristige Investitionsplanung und setzt deren Ziele und Prioritäten mit Hilfe der Banken bei den Unternehmen durch. 5. Neugründungen von Privatunternehmen sind jederzeit möglich, der Staat enthält sich jeder Unternehmertätigkeit, aber die Privatunternehmen dürfen nur bis zu einer gewissen Größe wachsen, dann werden sie „automatisch“ enteignet (mit Entschädigung), beim Tod des Eigentümers fallen sie an den Staat, der sie in Aktiengesellschaften verwandelt und ihre Aktien den Bürgern zuteilt (vgl. Roemer 1994).

„Markt“ und „Kapitalismus“ basiert.

Roemer gibt sich viel Mühe zu zeigen, dass ein derartiges ökonomisches System in der Tat lebensfähig ist, obwohl es einen strikt egalitären Grundzug hat und die Akkumulation von privatem Kapitaleigentum ausschließt. Reichtumsunterschiede, die Roemer offenbar für das Kernproblem des modernen Kapitalismus hält, soll es geben, aber nur innerhalb strikter Grenzen, auf Individuen und deren Lebensspanne beschränkt. Kapitalisten alten Stils wird es daher immer geben, nur sind es in jeder Generation wieder andere. Natürlich wird es auch weiterhin innerhalb jeder Generation eine Mehrheit von Leuten geben, die trotz Bürgeraktien und (sehr bescheidener) Sozialdividende zur lebenslangen Lohnarbeit gezwungen sind, mit allen Risiken der Lohnarbeiterexistenz. Die Unternehmen bleiben vom Staat getrennt und der Staat wird auf eine sanfte, indirekte Methode der Investitionslenkung (über Zinsdifferenzierungen) festgelegt, so dass dem freien Spiel der Unternehmenskonkurrenz kaum etwas in den Weg gelegt wird. Planung, zumindest für langfristig angelegte Investitionen, soll es aber geben, da Roemer wie viele Ökonomen natürlich weiß, dass heutige kapitalistische Marktökonomien keineswegs automatisch zu „rationalen“ langfristig sinnvollen Investitionen, sondern mit unschöner Regelmäßigkeit zu Fehlinvestitionen, zu Über- und Unterinvestitionen, zu völlig sinnlosen Finanzinvestitionen, zu Investitionsruinen führen, und weil er das - im Gegensatz zur Mehrheit der Ökonomen - auch beherzigt. Allerdings tut sich zwischen den beiden Hauptsorgen, denen Roemers Modell Rechnung tragen soll, der Sorge vor der Kapitalakkumulation und -konzentration, die wenigen „Reichen“ die Kontrolle über große Unternehmen gibt, und der Sorge vor marktorientierten, aber dennoch „irrationalen“ Investitionsentscheidungen, eine Lücke auf: Wenn die einzelnen Bürger-Aktionäre zwar nicht gehindert werden, reich zu werden, wohl daran, Großkapital zu bilden, dann könnte es doch sein, dass die Irrationalität von Investitionsentscheidungen weniger mit der Borniertheit von Großkapitalisten zu tun hat als mit der Art von „marktrationalem“ Verhalten, zu dem auch Unternehmen ohne Großkapitalisten sich gezwungen sehen. Wenn dem aber so ist, dann helfen auch radikale Eingriffe ins Erbrecht wenig. Schließlich ging es bei sozialistischen Projekten nicht darum, einigen reichen Leuten Angst zu machen, sondern um die nachhaltige Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen für die große Mehrzahl - nicht zuletzt derjenigen, die unter „irrationalen“ Investitions- oder Deinvestitionsentscheidungen zu leiden haben.

Im Gegensatz zum mathematischen Modell-Sozialismus John Roemers knüpft Schweickarts Modell bei einem wirklichen Vorbild an: dem Genossenschaftskomplex Mondragón im spanischen Baskenland, einem nach konventionellen Maßstäben gelungenen Experiment des Genossenschafts-Sozialismus.¹⁶ Nach seiner Vorstellung besteht die marktsozialistische Ökonomie nur im Kontext einer demokratischen (parlamentarischen) politischen Ordnung. Sie beruht auf drei Hauptelementen: 1. Alle Unternehmen sind selbständig, vom Staat unabhängig, genossenschaftlich organisiert und werden von den Genossen nach Maßgabe einer demokratischen Betriebsverfassung selbst verwaltet. 2. Es gibt Märkte mit freier Konkurrenz für die meisten Güter und Dienstleistungen. Es gibt keine zentrale Produktionsplanung. Es gibt aber auch keinen „freien Arbeitsmarkt“. Die Bürger sind frei, sich einer Genossenschaft anzuschließen bzw. mit anderen eine neue Genossenschaft zu gründen, nicht aber, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. 3. Die Investitionen unterliegen einer gesellschaftlichen, demokratisch organisierten Kontrolle. Investitionsfonds werden aus allgemeinen Steuern gebildet, die im wesentlichen aus den Erträgen einer Kapitalsteuer auf das betriebliche Anlagevermögen der genossenschaftlichen Unternehmen stammen. Über die Verwendung und Allokation dieser Investitionsfonds wird demokratisch entschieden, nicht von einer Planungsbehörde, sondern von Parlamenten (auf mehreren Ebenen). Die Umsetzung dieser Investitionspläne, d.h. die tatsächliche Verteilung der Investitionsmittel geschieht über ein Netzwerk von Genossenschaftsbanken. Diese Genossenschaftsbanken sind selbst demokratisch organisierte Körperschaften, an deren Leitung und Verwaltung neben den Genossen der Bank auch die Vertreter der jeweiligen politischen Körperschaften und die Vertreter der Genossenschaften beteiligt sind, für die sie jeweils die Rolle der Hausbank spielen. (Vgl. Schweickart 1996, 68ff)

¹⁶ Die erste Zelle jenes komplexen Geflechts von Genossenschaften - heute würden wir es ein Netzwerk nennen - im spanischen Baskenland entstand 1955 mit der Genossenschaft Ulgor, die dreißig Jahre später 20 000 Menschen beschäftigte. Der Gesamtkomplex der Mondragón-Genossenschaften umfaßte 1985 bereits fast 100 industrielle Produktionsgenossenschaften. Dazu kamen - und kommen - eine wachsende Zahl von Konsum- und Kreditgenossenschaften. Die Gründer und Leiter des Komplexes, der unter der Franco-Diktatur entstand, waren Priester bzw. in der katholischen Soziallehre erzogene junge Leute, die anfangen, sich ihre Arbeitsplätze selbst zu schaffen.

Schweickarts Modell stellt eine Art Gegenmodell zu Roemers Aktionärs-gesellschaft dar, worin mit der Kapitaleigenschaft der Produktionsmittel recht radikal aufgeräumt wird. Es gibt in diesem Modell des Marktsozialismus keine privaten Anleger oder Investoren mehr. Die Bürger - Genossen haben alle ökonomischen Freiheiten außer der, Kapitalist oder Lohnarbeiter zu werden. Kapitalbildung findet kollektiv statt und die Investitionen folgen keiner Marktlogik, da es einen Kapitalmarkt nicht gibt. Die Genossenschaften können nur mit geliehenem Kapital investieren und sie müssen mit anderen Genossenschaften um die Investitionsmittel konkurrieren. Einige Ungleichheiten bleiben - innerhalb von Genossenschaften, wo sie einem Rechtfertigungszwang unterliegen, zwischen den Genossenschaften, wo der jeweilige Markterfolg entscheidet. Die entscheidende Frage ist nun, ob eine derartige Marktwirtschaft ohne Kapitalisten, ohne Kapitalmarkt, ohne Privatunternehmen funktionieren kann. Sie kann. Es läßt sich empirisch und theoretisch leicht zeigen, dass genossenschaftlich organisierte Betriebe effizient operieren können - in vielen Fällen heute sogar effizienter als ihre kapitalistischen Konkurrenten. Genossenschaftliche Betriebe haben ihrer internen Struktur wegen einige strukturelle Eigenschaften, die man heute schon beobachten kann: sie sind in der Regel bei gleicher Produktivität kleiner, haben keinen unbegrenzten Expansionsdrang, daher niedrigere Wachstumsraten, sie neigen stärker dazu, langfristige Partnerschaften mit Kunden und Abnehmern einzugehen, sie bieten in aller Regel weit stabilere Beschäftigung, produzieren also deutlich weniger Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung als ihre kapitalistischen Gegenstücke.¹⁷ Dennoch gibt es auch in Schweickarts Genossenschaftssozialismus kein garantiertes Recht auf Arbeit, keine Vollbeschäftigungsgarantie. Dafür gibt es einen großen Hebel der Beschäftigungspolitik, die demokratische Investitionsplanung: Die braucht sich um Effizienz- oder Rentabilitätskriterien zunächst nicht zu kümmern - das tun die Genossenschaftsbanken - und kann daher Prioritäten so stellen, dass Investitionsmittel verstärkt dorthin fließen, wo die meisten Arbeitslosen bzw. Unterbeschäftigten oder wo die dringendsten gesellschaftlichen Bedürfnisse sind, statt dorthin, wo momentan die höchsten Gewinne winken. Wenigstens zum Teil wird in diesem Marktsozialismus die „Marktrationalität“ überlagert und durchkreuzt durch die Rationalität kollektiver, politischer Entscheidungen.

¹⁷ Seit es empirisch vergleichende Untersuchungen über Genossenschaften in diversen kapitalistischen Ländern (in Europa und Nordamerika) gibt, ist das wieder und wieder bestätigt worden.

Hierin liegt aber auch eine Schwäche. Marksozialisten neigen dazu, den „Staat“, das apokalyptische Ungeheuer der Neoliberalen, möglichst mit Stillschweigen zu übergehen. Im heutigen „Marktsozialismus“ ist in der Regel von „Wirtschaftsdemokratie“ alten Stils keine Rede. Natürlich denken sich die Marktsozialisten keine Marktgesellschaft ohne Staat. Einen Staat soll und muß es geben, und es soll eine demokratische politische Ordnung sein. Wie die meisten Ökonomen vom Markt, so denken die Marktsozialisten von der parlamentarischen Demokratie: Es gibt nichts, was diese nicht bewältigen könnte. Demokratische Entscheidungsprozesse laufen wie geschmiert und sorgen stets dafür, dass am Ende das heraus kommt, was zu Anfang die Mehrheit gewollt hat. Das ist, wie sogar manche Parlamentarier und die meisten Politikwissenschaftler wissen, keineswegs so. Auch das hochkomplexe Gebilde Staat, sogar die Abstimmungsmaschine Parlament versagt bisweilen. Nicht nur die „Betriebsdemokratie“, der die meisten heutigen Marktsozialisten gerne aus dem Weg gehen, auch die parlamentari-sche Demokratie, in die sie einiges Gottvertrauen setzen, ist ein störanfälliges und reformbe-dürftiges Gebilde. Vor allem dann, wenn man ihm die Verantwortung für gesamtwirtschaftli-che Rahmenplanungen übertragen will.

3. Die Utopie der Wirtschaftsdemokratie

Die seinerzeit und bis heute umstrittene Behauptung Fritz Naphtalis von 1928, dass man „durch Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus“ gelangen könne (Naphtali 1977, 29), beruhte auf einigen Strukturveränderungen in den kapitalistischen Ökonomien Nachkriegseuropas, die für die Zeitgenossen neu und vielversprechend aussahen: Zum ersten Mal gab es ein staatlich anerkanntes und garantiertes Arbeitsrecht, das den Besonderheiten von Arbeitsmärkten einigermaßen Rechnung trug, zum ersten Mal gab es eine gesetzlich geregelte Betriebsverfassung, die den Beschäftigten einige Möglichkeiten der organisierten Interessenvertretung gewährte, zum ersten Mal hatten die Gewerkschaften Mitspracherechte bei wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, zum ersten Mal gab es eine Vielzahl von Selbstverwaltungskörperschaften (nicht nur in der Sozialversicherung, auch in der Kohlen-, Kali- und Energiewirtschaft), in denen gewählte Vertreter der Arbeiterschaft bzw. der Gewerkschaften offizielle Funktionen wahrnehmen konnten. Zum ersten Mal gab es (in

Deutschland) eine vielbewunderte Verfassung, die noch weit mehr versprach an „sozialen“ Bürgerrechten. Mehr als die Weimarer Republik halten konnte. Mit einigem Optimismus konnte man derlei als „Einschränkung(en) der Verfügungsgewalt der Unternehmer über ihre Produktionsmittel“ (Naphtali 1977, 65) bzw. als Beschränkung ihrer Machtposition am Arbeitsmarkt interpretieren.

In der gegenwärtigen, akademischen Debatte wird die Entwicklung zum ausgewachsenen Sozial- und Wohlfahrtsstaat, die im wesentlichen erst nach dem zweiten Weltkrieg stattgefunden hat, einfach vorausgesetzt. Unzufrieden mit der mangelhaften Steuerungsfähigkeit kapitalistischer Demokratien, mit unzulänglichem Krisenmanagement, mit der Beschränktheit der politischen Klasse, haben Sozialwissenschaftler die alte Kritik an den Formen der repräsentativen Demokratie wieder belebt und sind dabei auf die Formen und Konzepte der Wirtschaftsdemokratie gestoßen. Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist nicht der notwendige oder wünschbare Sozialismus, sondern die demokratische Utopie: Will man eine wirkliche Selbstregierung des Volkes in allen wichtigen Angelegenheiten, dann geht es nicht an, große Teile des Wirtschaftslebens zur Privatsache zu erklären und für die Demokratie zur Sperrzone zu machen. Im Gegenteil. Wenn die Demokratie eine akzeptable und legitimierbare Form ist, um Staaten zu regieren, dann kann sie für die Führung von Unternehmen nicht von vornherein illegitim sein. Private ökonomische Macht, etwa die nicht ganz unerhebliche Entscheidungsgewalt über Beschäftigung und Nichtbeschäftigung bzw. über Investition oder Nicht-Investition, verschafft ihren Trägern eine demokratisch nicht legitimierte Einfluß- und Machtchance im politischen Prozeß. Daher muß die politische Demokratie, will sie sich auf Dauer gegen illegitime private Mächte und Machtansprüche durchsetzen, sich eine ökonomische Machtbasis verschaffen: Der Demokratie Vollmacht geben (empowerment of democracy) heißt daher die Parole (vgl. z.B. Unger 1987, 1998). Am stärksten wird die Demokratie, wenn sie nicht nur den Staat, sondern gleich auch die Wirtschaft (und Gesellschaft) durchdringt.

Nicht zufällig kommen die ausgearbeiteten Entwürfe für eine “empowered democracy“, die es mittlerweile gibt, deutlich in die Nähe marktsozialistischer Vorstellungen (vgl. z.B. Horvat 1982; Unger 1998).¹⁸ Denn sie alle sehen sich dem zum Volksvorurteil

¹⁸ Wenn man den ganz anderen historischen Kontext beiseite läßt, dann findet man

verfestigten Glauben konfrontiert, dass demokratisch organisierte kollektive Entscheidungen über wirtschaftliche Angelegenheiten nun einmal nicht effektiv, geschweige denn effizient seien. Diese Weisheit wird seit langem verkündet: Je demokratischer der Willensbildungspro-zeß, d.h. je mehr diejenigen daran beteiligt sind, deren Interessen auf dem Spiel stehen, je mehr Beteiligte und Interessierte, desto geringer die Effektivität des Entscheidungsprozesses, desto niedriger die Effizienz bei der Umsetzung. Effektive Entscheidungen (und anschließend effiziente Umsetzung) sind nur in kleinen (und kompetenten) Zirkeln von Befugten (und Wissenden) zu haben, die demokratische Utopie einer Selbstregierung durch (ökonomische) Laien funktioniert nicht (so z.B. Scharpf 1999). Daher, so argumentieren Politikwissenschaft-ler seit langem, ist eine wirtschaftliche Selbstregierung nur denkbar in kleinen Einheiten, nicht in Großbetrieben, und ist der anonyme Marktprozeß jedem anderen kollektiven Entschei-dungsprozeß über wirtschaftliche Entwicklungen überlegen (vgl. z.B. Dahl 1985, Gould 1988). Solange wir einzelne Betriebe betrachten, ist die Antwort zwar nicht einfach, aber eindeutig: Miteigentum und / oder Mitbestimmung der Arbeiter oder genossenschaftliche (inklusive) Entscheidungsstrukturen schaden dem Funktionieren von Betrieben ganz und gar nicht. Es deutet vieles darauf hin, dass "demokratisch" organisierte Betriebe dank freiwilliger Kooperation und Beteiligung der Arbeiter an betrieblichen Entscheidungen eine höhere Arbeitsproduktivität erreichen; auf jeden Fall ist die Fluktuation der Beschäftigten in solchen Betrieben deutlich niedriger als in vergleichbaren privatkapitalistischen Unternehmen und sehr oft haben genossenschaftliche Betriebe auch deutlich niedrigere Quoten beim Krankfeiern, Zuspätkommen oder Schwänzen als privatkapitalistische Unternehmen. Verluste durch Streiks und langwierige Arbeitskämpfe unterhalb der Ebene eines offiziellen Streiks haben sie nicht, da alle Konflikte sofort und offen argumentativ ausgetragen werden können (vgl. z.B. Thomas / Logan 1982 über den Fall Mondragón; Gunn 1984 über Produktionsgenossenschaften in den USA). Schon in den 1970er Jahren ist in diversen Studien über Produktionsgenossenschaften in den USA und in Europa gezeigt worden, dass die Arbeitsproduktivität dort im Vergleich zu privatkapitalistischen Unternehmen umso höher war, je stärker die effektive Beteiligung der Arbeiter an den betrieblichen Entscheidungen und je höher der Anteil der Arbeiter, die

hochinteressante Parallelen nicht nur zu Konzepten des jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus, sondern auch zu noch älteren Sozialisierungskonzepten und -plänen der europäischen Sozialdemokratie.

zugleich Miteigentümer des Betriebes waren an der Gesamtzahl der Beschäftigten bzw. der Eigentümer.¹⁹ Anders herum betrachtet scheinen in den privatkapitalistischen Unternehmen, ganz im Gegensatz zum gängigen Vorurteil, gerade die hierarchischen Strukturen der exklusiven Entscheidung durch wenige Berufene (Manager) die mit Abstand wichtigste Ursache für Ineffizienz, für Vergeudung von Ressourcen, von Zeit und menschlicher Energie in derlei Betrieben zu sein. Diese enormen Ineffizienzen (bei scheinbarer Effektivität), die durch eine Demokratisierung von betrieblichen Entscheidungsprozessen zumindest im Prinzip zu vermeiden bzw. verringern wären, wiegen weit schwerer als die marktbedingten Ineffizienzen (durch Fehlallokationen und / oder Unterbeschäftigung bzw. -unterauslastung von Anlagen).²⁰ Bleibt das große Problem der überbetrieblichen kollektiven Entscheidungen, wo angeblich der gesellschaftliche Verstand gegenüber dem Markt versagt.

Werden alle Betriebe demokratisch organisiert und von den dort Arbeitenden selbst verwaltet, dann sähe der Markt schon anders aus. Ohne Staat, nur mit Betriebs- oder sonstigen Arbeiterräten kommt die erweiterte und erneuerte Wirtschaftsdemokratie allerdings nicht aus. Schon weil die reine Demokratie der Arbeiter- oder Produzentenräte alle Konsumenten und Nicht-Produzenten von jeder Mitbestimmung ausschliesse, auch weil sie dem freien Spiel der Marktkonkurrenz zwischen den selbstverwalteten oder genossenschaftlichen Betrieben keine Grenzen setzen kann, ist eine Wirtschaftsdemokratie im Großen nicht ohne repräsentative, parlamentarische Institutionen zu haben. Folglich wird die erweiterte, durch neue ökonomische Vollmachten und Entscheidungskompetenzen ergänzte Demokratie nicht ohne eine Vielfalt öffentlicher oder halböffentlicher Institutionen (Fonds, Banken, Versicherungen) gedacht und selbstverständlich auch nicht ohne die Institution eines Staates,

¹⁹ Ältere Studien der Genossenschaften in Frankreich und England zeigen geradezu erstaunlich hohe Effizienz der Genossenschaft, dank eines hochperfektionierten Systems der Qualitätskontrolle, dank eines außerordentlich niedrigen Niveaus von Ausschuss, Abfall und Materialverschwendung, dank der geringen Zahl des (unproduktiven) Überwachungspersonals, dank der hohen und stabilen Arbeitsmoral (vgl. z.B. die Schilderungen im klassischen Werk von Engländer 1864).

²⁰ Empirisch ist das gut begründet (vgl. z.B. Leibenstein 1987), ebenso wie die im Ganzen positive Bilanz der betrieblichen Mitbestimmung bzw. der Genossenschaften. Eine theoretisch stimmige Erklärung für die Unvermeidlichkeit von Fehlentscheidungen und -aktuell am wichtigsten - Fehlrationisierungen wird man allerdings bei den Mikroökonomien, Betriebswirten, die sich damit befassen, vergebens suchen.

in dem die überbetriebliche Demokratie zuerst zum Zuge kommt. Wie die Betriebsdemokratie weitgehende Eingriffe in bestehende private Eigentumsrechte erfordert, so ist die Erweiterung der politischen zur Wirtschaftsdemokratie auf der Ebene der Gesamt- oder Volkswirtschaft nicht ohne eine gründliche Umgestaltung der tradierten Formen repräsentativer Demokratie denkbar (vgl. dazu vor allem Unger 1987, 1998). Anhänger der erweiterten Wirtschaftsdemokratie kommen gar nicht umhin, klassische Bürgerrechte, allen voran das Recht auf Eigentum, zu revidieren und neue, weitergehende ökonomische Bürgerrechte für alle zu konzipieren. Manchmal ist den Autoren die Tragweite derartiger Neuerungen - wie z.B. eines (Bürger)-Rechts Einkommen oder eines (Bürger)Rechts auf Kredit bzw. auf Versicherung - selbst nicht klar. Denn derlei Rechte machen neue, erweiterte öffentliche Institutionen notwendig. Die schon vorhandenen "gemeinnützigen" und / oder genossenschaftlichen Banken, Versicherungen usw. reichen dazu nicht aus. Noch unzulänglicher, geradezu naiv ist die gerade von linken Sozialdemokraten propagierte Vorstellung, die Wirtschaftsdemokratie wachse sozusagen automatisch mit der Erweiterung der "öffentlichen Kontrolle" über ökonomische Prozesse und Strukturen, ohne dass an den Formen dieser Kontrolle bzw. Regulierung etwas zu ändern wäre. Die öffentliche Kontrolle - durch allerlei Experten in "Aufsichtsämtern" - funktioniert aber gerade deshalb nicht bzw. schlecht, weil ihr der wirtschaftsdemokratische Unterbau fehlt.

Wer heute wirtschaftsdemokratische Konzepte entwickelt, kommt um den "Markt" nicht herum. Und umgekehrt: Wer heute marktsozialistische Ideen vorträgt, kann kaum vermeiden, die etablierten institutionellen Grenzen zwischen Politik und Ökonomie ständig in Gedanken zu verletzen. Marktsozialisten müssen über den Markt bzw. das System der Märkte, so wie es ist, hinaus denken, Anhänger einer Wirtschaftsdemokratie können sich mit den institutionalisierten Formen der Regulierung der Wirtschaft (economic governance) nicht zufrieden geben. Erweiterte demokratische Regulierungsformen braucht es auf den besonderen Märkten ebenso wie in den stets umkämpften Grenzbereichen des Markts (in denen der folgenreiche Unterschied zwischen einer Ware, einem Gemeingut und einem öffentlichen Gut bzw. einer Nicht-Ware stets aufs Neue etabliert werden muß). Wer sich darauf einläßt, wird die altbekannten (und in liberaler Tradition auch gewollten) Grenzen der repräsentativen Demokratie neu definieren und verlegen müssen, ebenso wie die seit jeher politisch institutionalisierten Marktgrenzen. Marktsozialistische und

wirtschaftsdemokratische Reformkonzepte, die logisch und historisch zusammen gehören, werden im Moment noch zusammenhanglos, unverbunden nebeneinander diskutiert.²¹ Das ist eine fatale Angewohnheit, mehr noch - eine Dummheit.

4. Die Utopie der Genossenschaften - Produktions- und Konsumgenossenschaften

Genossenschaftliche Betriebe in Eigenregie der Beschäftigten sind im 19. Jahrhundert entstanden. Als Selbsthilfeversuche, die keineswegs immer von erklärten Sozialisten mit weitreichenden, auf das Ganze der Wirtschaft und Gesellschaft zielenden Umbauplänen gestartet wurden. Sozialistische Experimente mit genossenschaftlich organisierten Großbetrieben gab es immer wieder, auch solche, die von führenden sozialistischen Theoretikern ins Werk gesetzt wurden. So hat z.B. Robert Owen 1825 den größten Teil seines nicht unbeträchtlichen Privatvermögens in das genossenschaftliche Siedlungsprojekt New Harmony in den USA, im Bundesstaat Indiana, gesteckt und verloren. Obwohl das Projekt New Harmony nach einigen Jahren scheiterte, lebte die genossenschaftliche Utopie fort. Befreiung von der Autorität der "Fabrikherren", Selbständigkeit und Selbstverwaltung, Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und selbstorganisierte (Zusammen)Arbeit, das erschien vielen als eine verlockende Alternative zur Lohnarbeit - im kleinen wie im großen. Da die Genossenschaften entstanden als von politischer Demokratie noch keine Rede sein konnte, waren sie aufsehen erregende soziale Experimente: Einfache, nach gängiger Auffassung ungebildete Leute, die ihr Leben selbst in die Hände nahmen und sich erkühnten, als Manager und Unternehmer aufzutreten, also die "Herrenrolle" zu spielen, die für sie nicht vorgesehen war, das durfte und konnte nicht sein. Auch die Sozialisten waren uneins bzw. ihrer Sache keineswegs sicher.

Marx hat die Genossenschaftsbewegung in Großbritannien seit 1851 unterstützt und den Propagandisten des chartistischen Genossenschaftsprogramms die ökonomischen Argu-

²¹ Das gilt auch innerhalb der verschiedenen Diskussionsstränge. Demokratisierung der Betriebe und Demokratisierung des Staates werden in der Regel als völlig getrennte Prozesse betrachtet (vgl. z.B. Nove 1992).

mente geliefert.²² In den Manuskripten zum späteren dritten Buch des *Kapital*, 1864 und 1865 geschrieben, tauchen die Produktionsgenossenschaften auf - als Beleg dafür, dass selbst-verwaltete Betriebe möglich und privatkapitalistischen Betrieben überlegen, sogar effizienter sein können, und als Hinweis auf eine zukünftige Form der Produktion, in der Privatunternehmer und -kapitalisten keine Rolle mehr spielen werden (vgl. MEGA² II / 4.2, S. 458, 459, 504). In der "Inauguraladresse" der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die Marx als deren heimlicher Generalsekretär ebenfalls 1864 schrieb, wird die Genossenschaftsbewegung zum Element der "politischen Ökonomie der Arbeiterklasse" oder der "politischen Ökonomie der Arbeit" erklärt, die sich zum ersten Mal siegreich gegen die "politische Ökonomie der Mittelklasse" oder "des Kapitals" zu behaupten vermochte (vgl. MEW 16, S. 11). Produktionsgenossenschaften werden dort als "Sieg eines Prinzips" und als "große Experimente" beschrieben, die den Beweis erbracht hätten, dass auch moderne, industrielle Großbetriebe, regelrechte Fabriken ohne Lohnsystem, in der neuen Form der "*assoziierten Arbeit*" organisiert werden könnten und funktionierten (MEW 16, S. 11, 12). Darauf folgt allerdings die Warnung: Wenn die neue Form der "kooperativen Arbeit" auf "gelegentliche Versuche vereinzelter Arbeiter" beschränkt bleibe, könne sie dem ökonomischen System des Kapitalismus insgesamt wenig anhaben. Um als Hebel der Emanzipation aller Arbeitenden zu dienen, bedürfe "das Kooperationsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel" (MEW 16, 12). Das aber sei undenkbar ohne Teilhabe der Arbeiterbewegung an der politischen Macht. "Politische Macht zu erobern", um der neuen Form der Genossenschaftsbetriebe freie Bahn zu schaffen, sei die "große(n) Pflicht der Arbeiterklassen" (ebd.).

Wenn man diese Marxsche Aussagen aus den Jahren 1864 bis 1867 (und später) ernst nimmt, wenn sie zusammen nimmt mit seiner ausdrücklichen und scharfen Kritik an den diversen Arbeits- und Tauschbank-Experimenten samt ihrem "Arbeitsgeld", dann wird man Marx zu den Marktsozialisten rechnen müssen. Zumindest als die nächstliegende Form der "Emanzipation der Arbeit" in entwickelten kapitalistischen Industrieländern schwebte ihm

²² Seit 1851 arbeitete Marx an den von Ernest Jones herausgegebenen Chartistenzeitschriften "Notes to the People" und "The People's Paper" mit. Eine Vielzahl ökonomischer Artikel, die unter Ernest Jones' Namen erschienen, sind unter direkter Mitarbeit von Marx zustande gekommen. Etliche davon sind im Band I / 10 der MEGA² abgedruckt worden.

das "Kooperativsystem" vor, also ein System von selbstverwalteten, genossenschaftlichen Produktionsbetrieben, allerdings ohne die Owenschen oder Proudhonschen Tauschbanken und ohne "Arbeitsgeld". Das kann aber nichts anderes sein als ein Marktsystem, aus dem zwar nicht die Unternehmer, aber die Kapitalisten und das Privatkapital verbannt worden sind. Seine scharfe Kritik des Lassalleschen Patentrezepts der "Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe" ver-trägt sich damit sehr gut: Der große Schritt zum möglichen Kommunismus, in dem die Ge-nossenschaften die gesellschaftliche Produktion nach einem "gemeinsamen Plan" regeln, ist als Geschenk von Bismarcks bzw. des preußischen Königs Gnaden undenkbar (vgl. MEW 17, S. 343).

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die Zahl der Genossenschaften, aber eben auch die Zahl der Genossenschaften, die untergingen. So regten sich die ersten Zweifel an ihrer Lebensfähigkeit. Ende des 19. Jahrhunderts wurden verschiedene Untersuchungen durchgeführt, um die Resultate der Kooperativbewegung zu ermitteln. Beatrice Potter untersuchte eine Gruppe von 54 Produktionsgenossenschaften in Großbritannien und fand ein grundlegendes Dilemma: Die Selbstverwaltung sei mögliche Ursache für den geschäftlichen Mißerfolg, während geschäftlicher Erfolg prompt zur Zerstörung gerade der Selbstverwaltung und der Betriebsdemokratie führe - erfolgreiche Genossenschaften verwandelten sich in Asso-ziationen der Eigentümer, die sich gegen neue Mitglieder sperrten und ihrerseits Lohnarbeiter beschäftigten, denen der Status und die Mitbestimmungsrechte von Genossen verwehrt würden (vgl. Potter 1891). In Deutschland wurde eine ähnliche Untersuchung angestellt, in der das Schicksal von mehr 322 Produktionsgenossenschaften über einen Zeitraum von 25 Jahren verfolgt wurde. Mit dem Ergebnis, dass die weitaus meisten, oft schon nach wenigen Jahren, wieder aufgelöst worden waren, nur eine Minderheit (34) als Genossenschaft (wenn auch vielfach in geschlossener Form, also ohne neue Mitglieder zuzulassen) überlebt hatte und eine noch kleinere Gruppe erfolgreicher Genossenschaften (23) wieder in Kapitalgesellschaften zurück verwandelt worden war (vgl. Häntschke 1894) Franz Oppenheimer hat diese Erfahrung zu einer Art von "Gesetz" verarbeitet: Auf längere Sicht gäbe es nur zwei Möglichkeiten - entweder die Genossenschaftsbetriebe gingen unter oder sie behaupteten sich. Dann aber wären sie sehr schnell keine Genossenschaften mehr, sondern verwandelten sich in fast normale, kapitalistische Unternehmen. In den seltenen Fällen, wo eine Produktionsgenossen-schaft

floriere, höre sie rasch auf, eine Genossenschaft zu sein, da die ursprünglichen Genossen und Eigentümer keine neuen Mitglieder mehr zuliessen (vgl. Oppenheimer 1896, S. 41). Das “eherne Gesetz der Transformation” gilt für die Produktionsgenossenschaften, die als “Verkäufergenossenschaften” ihren Absatz, mithin ihren unter den Genossen teilbaren Ertrag nicht grenzenlos erhöhen können, sich also früher oder später gegen Neumitglieder absperren oder von ihnen “Eintrittsgeld” verlangen müssen (vgl. Oppenheimer 1894, 1898).

Allerdings kann man sich darüber streiten, ob Oppenheimers “Transformationsgesetz” eine Gesetzmäßigkeit angibt. Die Tendenz unter den erfolgreichen Genossenschaften, mehr und mehr Arbeiter ohne Stimmrecht und Genossenstatus anzuheuern bzw. sich gegen neue Genossen mit vollen Mitgliedsrechten abzuschließen, gibt es zweifellos.²³ Selbst im Fall von Mondragón, lange das herausragende Beispiel für eine funktionierende Form der Arbeiter-Selbstverwaltung in einem kapitalistischen Land, scheinen derlei Tendenzen aufzutreten. Die Zahl der Beschäftigten steigt weit schneller als die Zahl der Genossen. Daher betrachten mehr und mehr Arbeiter sich nicht mehr als “Miteigentümer” der Betriebe und sind es auch nicht mehr (vgl. Kasmir 1996). Dennoch ist die Degeneration nicht unvermeidlich.

Karl Renner hat in den zwanziger Jahren, im Blick auf die jahrzehntelange, wechselvolle Geschichte der (Konsum)Genossenschaften, eine Lehre gezogen, die auch im Blick auf das berühmte “Transformationsgesetz” von Bedeutung ist (vgl. Renner 1931). Da alle Genossenschaften unter Kapitalmangel leiden, müssen sie sich einen Akkumulationszwang auferlegen, d.h. die Ausschüttung und Verteilung der Erträge unter die Genossen künstlich begrenzen - was die meisten Genossenschaften ohnehin taten. Genossenschaften stehen unter dem starken Konkurrenzdruck kapitalistischer Betriebe. Daher ist es gerade für erfolgreiche

²³ So schildert Gide die Lage in einer erfolgreichen und wohletablierten Pariser Genossenschaft, der association des lunetiers (Genossenschaft der Brillenmacher): Die Genossenschaft besteht aus etwa 50 Miteigentümern, die reich geworden sind, einer etwa gleich grossen Zahl von Arbeitern, die als Kandidaten für den Genossenstatus betrachtet werden, und 1200 angeheuerten Lohnarbeiter. Was also von der ursprünglichen Betriebsdemokratie in der Genossenschaft übrig geblieben ist, das ist eine Assoziation von kleinen Eigentümern und Arbeitgebern (vgl. Gide 1922). Man darf dabei nicht vergessen, dass es sich gerade bei den Pariser Produktionsgenossenschaften um eine Elite von hochqualifizierten und hochspezialisierten Arbeitern handelte, die sich daran beteiligen konnte - also einen Sozialismus von und für Facharbeiter mit langjähriger Berufsausbildung und -erfahrung.

Genossenschaften nicht nur wichtig, selbst zu wachsen, sondern auch andere genossenschaftliche Betriebe in ihrer Umgebung wachsen und gedeihen zu sehen. Aus dieser schlichten Überlegung folgt eine Strategie der Ausbreitung der sozialistischen Inseln, die sich zusammen schliessen, verbinden und verbünden müssen - bei Strafe des Untergangs. Wachstum heißt die Parole, also auch: Akkumulation von Genossenschaftskapital, das wiederum investiert wird und zwar in neue genossenschaftliche Unternehmungen, die den genossenschaftlichen Sektor insgesamt verstärken und die Genossenschaften von privatkapitalistischen Banken, Händlern, Versicherungen, Vorproduzenten usw. nach und nach unabhängig machen. Diese Expansion - durch Investition in die Gründung neuer genossenschaftlicher Betriebe, wie es im Fall der Genossenschaftsbanken immer wieder geschehen war, kann der Neigung der erfolgreichen Genossenschaften, sich abzuschließen und die Betriebsdemokratie aufzugeben, entgegenwirken. Das kann und wird funktionieren, wenn die Genossenschaften sich in einem größeren Umfeld von freundlich gesinnten, unterstützenden Organisationen (Gewerkschaften, Parteien, Stiftungen) bewegen, also von der moralischen Ökonomie der Arbeiterbewegung getragen werden.²⁴

Was Ernest Jones und Karl Marx 1851 und 1852 sahen und propagierten, erwies sich auch nach Jahrzehnten kapitalistischer Entwicklung noch als richtig: Die Genossenschaftsbewegung muß im großen Stil, im nationalen Maßstab organisiert werden. Denn die Produzenten-Demokratie im einzelnen Betrieb kann sich auf Dauer nur behaupten, wenn sie in eine ökonomische Struktur eingebettet ist, die es auch den erfolgreichen Betrieben und deren Genossen schwer macht, sich abzuschließen bzw. (die zweite Möglichkeit) ihre Genossenschaftsanteile an Außenstehende (Kapitalisten) zu verkaufen und ihrerseits Kapitaleigentümer zu werden. Daraus folgt nicht, dass alle einzelnen Betriebe unbedingt die

²⁴ Das vergleichsweise gelungene baskische Experiment scheint Renners These zu bestätigen: Die Produktionsgenossenschaften in Mondragón gingen schon sehr bald, 1959, dazu über, eine Genossenschaftsbank zu gründen. Später kam ein Netz von Konsumgenossenschaften hinzu, das dann durch weitere Unternehmen, z.B. eine eigene Sozialversicherung für die Beschäftigten, aber auch Schulen und schließlich eine Technische Universität ergänzt wurde. Die verschiedenen Genossenschaften schlossen sich bald zu einem Gesamtverband zusammen, der auch über einige Entscheidungs- und Planungsbefugnisse für die Gesamtheit aller teilnehmenden Genossenschaften verfügt. Aktuelle Informationen über den Stand der Dinge in der Mondragón Genossenschaftsgruppe findet man auf deren website, www.mondragon.mcc.es, in spanischer und englischer Sprache.

gleiche “genossen-schaftliche” Verfassung haben müssen; eine “gemischte” Ökonomie, in der verschiedenartige Unternehmensformen nebeneinander bestehen, kann durchaus eine Alternative sein, solange die Übermacht rein privatkapitalistischer Unternehmen dadurch verringert wird. Allerdings bedeutet jeder Schritt über die betriebliche Wirtschaftsdemokratie hinaus - abgesehen von der bewußten und systematischen Förderung genossenschaftlicher Betriebe - auch den Beginn einer Art von gemeinschaftlicher Planung der Genossenschaften, die strategische Entscheidungen über die Bündelung ihrer Kräfte und den gezielten Einsatz ihrer vereinten Investitions-mittel zu treffen haben. Ohne eine Strukturpolitik, eine auf Branchen und Regionen gerichtete Expansionspolitik läuft die “Wirtschaftsdemokratie” Gefahr, auf wenige und weniger gewichti-ge Branchen zurückgedrängt bzw. in Nischen und Ghettos eingesperrt zu werden. Ergo gehört eine auf Schlüsselsektoren und -branchen gerichtete Investitionspolitik, mithin Investitions-planung und -lenkung zur genossenschaftlichen Wirtschaftsdemokratie (vgl. Nove 1992). Aber auch das ist nicht genug.

5. Sozialisierung der Märkte?

Märkte erscheinen bis heute vielen Neoliberalen (und nicht nur ihnen) als Vorbilder einer sozialen Demokratie und als wesentliche Vorbedingung einer politischen Demokratie. Auf dem Markt bestehe bereits so etwas wie eine “Demokratie“, Wahlfreiheit für alle Beteiligten, beständiges Abstimmungsverhalten, dem sich diejenigen, über deren Produkte oder Leistungen da abgestimmt werde, sofort zu beugen hätten. Wir wissen natürlich, dass der Markt bestenfalls eine Dollar- bzw. Euro-Demokratie sein kann - soviel Euro, soviel Stimmen

Wir wissen weiter, dass es nicht nur höchst ungleich verteilte Stimmengewichte auf Märkten gibt, sondern dass es einigen Leuten durchaus gelingt, Märkte, folglich andere Marktteilnehmer, zu beherrschen. Karl Polanyi hat darum Sozialismus die elementare Tendenz genannt, den Markt “bewusst einer demokratischen Gesellschaft” unter zu ordnen, statt sich ihm zu unterwerfen (1978, 290). Er dachte an die drei Märkte für “fiktive Waren”, die für den modernen Kapitalismus konstitutiv sind (Arbeitsmarkt, Kapital- bzw. Geldmarkt und Immobilienmarkt bzw. Markt für natürliche Ressourcen). An mehr als eine vorsichtige Zügelung der

außer Rand und Band geratenen internationalen Finanzmärkte wird heute kaum noch gedacht.²⁵ Effektiv soll die Aufsicht und Kontrolle der Finanzmärkte sein, um die Interessen der schwächeren Marktteilnehmer zu schützen. Ob bzw. wie demokratisch sie ist oder sein könnte oder sogar müßte, um effektiv zu sein, das interessiert auch auf der Linken kaum.

Diane Elson hat, gegen marktsozialistische wie traditionell planwirtschaftliche Vorstellungen gewandt, eine Strategie der „Sozialisierung des Marktes“ vorgeschlagen (1988). Das klingt verrückt, ist aber weniger bizarr als es scheint, wenn man von heute beliebten fixen Marktideen Abstand nimmt. Sogar Ökonomen können wissen, dass Märkte alles andere als einfach sind. Märkte, da sie keine Verhältnisse zwischen Dingen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse zwischen Menschen sind, regulieren sich natürlich nie selbst, sondern werden von den beteiligten Marktakteuren reguliert - nicht selten auch von „Dritten“, die am Markt selbst gar nicht präsent sind. Märkte sind „soziale Systeme“, haben spezielle Verkehrsformen, eigene Normen und Regeln, sie weisen soziale Strukturen auf, die in der Regel auch Machtstrukturen sind. Außerdem waren und sind sie hochmoralische Veranstaltungen, und das keineswegs nur bei den Pferdehändlern. Anders als in der Modellökonomie spielen auf wirklichen Märkten historische Zeit, Erinnerung und Erwartung, Tradition und Gewohnheit eine große Rolle. Märkte zu regulieren ist folglich alles andere als einfach, ganz gleich, wer das tut. Märkte auf demokratische Weise zu regulieren scheint noch schwieriger.

Implizit beruht das Konzept einer „Sozialisierung“ von Märkten auf einer Kritik am ganz und gar nicht heimlichen Positivismus der herrschenden, neoklassischen Marktlehre, die der Hayeks nicht unähnlich ist. Preise, Kosten, Angebot, Nachfrage usw. sind nicht immer schon vorgegebene Daten, sie werden von vielen einzelnen Marktteilnehmern gemacht und verändert.²⁶ Also muß man auf diejenigen schauen, die einen Markt jeweils „machen“. Diane

²⁵ Dass eine „Reform“ der Arbeitsmärkte in demokratisch verfaßten Gesellschaften gerade nicht dazu dienen kann, die Arbeitskraftverkäufer zu mehr Flexibilität, sprich rascherer und gründlicherer Unterwerfung unter die vermeintlichen Marktimperative, also die Forderungen der Arbeitskraftkäufer, zu zwingen, scheint selbst die sozialistische Linke vergessen zu haben. Eine „demokratisch“ inspirierte Arbeitsmarktreform liefe im Gegenteil auf die Stärkung der Position der strukturell Schwächeren, im Alltagsgeschäft Unterlegenen hinaus, und das sind in aller Regel nicht die Arbeitskraftkäufer.

²⁶ Um für Ökonomen verständlich zu bleiben: Weder Preise noch Kosten, geschweige

Elson setzt richtig an bei den vorhandenen, teils privaten, teils öffentlichen Institutionen, in denen und durch die Märkte heute bereits reguliert werden. Wer oder was sind heute die „Regulatoren“ der Märkte? In der Regel handelt es sich um exklusive Clubs mit einer ausgeprägten informellen Hierarchie. Sie repräsentieren keineswegs alle Marktteilnehmer und geben auch den am jeweiligen Markt fest Etablierten keineswegs gleiche Einfluss-, geschweige denn Machtchancen. Sie machen den jeweiligen Markt, handeln seine informellen Regeln aus, setzen die Standards und Normen für marktgerechtes Verhalten, für „branchenübliche“ Usancen, für Preise und Gewinne, sie grenzen den Markt ab und halten Außenseiter fern bzw. integrieren sie. Elsons Vorschlag läuft darauf hinaus, einige dieser regulierenden Marktinstanzen zu „sozialisieren“. Aber dabei, solche Marktinstanzen in öffentliche Institutionen zu verwandeln, und zwar solche, die demokratisch organisiert sein und demokratischer Kontrolle durch formell „außenstehende“ Dritte unterworfen werden können, braucht man nicht stehen zu bleiben. Elson nennt die Aufgaben, die den neuen Marktregulatoren zukommen sollen (in erster Linie haben sie die in der ökonomischen Theorie nur postulierte „Markttransparenz“ herzustellen) (vgl. Elson 1988, 32ff), und kümmert sich wenig um deren demokratischen Charakter.⁰ Wenn aber, wie heute die meisten Sozialisten meinen, Sozialisierung und Verstaatlichung zweierlei sind, dann wäre hier eine Verbindung herzustellen zu dem, was Politik-wissenschaftler als notwendige Ergänzung und Erweiterung der tradierten Formen der repräsentativen Demokratie betrachten, zu den Formen der „assoziativen“ (oder auch zivil-gesellschaftlichen) Demokratie nämlich. Die spielen leider in der wirtschaftsdemokratischen Debatte so gut wie keine Rolle. Gemeint sind Formen der Selbstregierung und Beteiligung an komplexen, kollektiven Entscheidungsprozessen, die über den traditionellen Korporatismus hinausgehen und die

denn Produktionsfunktionen können für die wirklichen Marktteilnehmer, Unternehmer eingeschlossen, jemals Parameter sein.

⁰¹¹ Sie ist sich m.E. auch nicht im Klaren über den strategischen Sinn ihres eigenen Vorschlags: Der „private“ Charakter des Wissens, die „private“ Aneignung und Geheimhaltung von Informationen, in der modernen Form der eifersüchtig gehüteten - und ebenso eifrig gestohlenen bzw. gebrochenen - Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse - sind eine Folge, keine quasi anthropologische Voraussetzung der Warenproduktion und des Marktverkehrs. Macht man Wissen, Informationen zu öffentlichen Gütern bzw. hebt ihren „Privatcharakter“ auf, wird die „Marktlogik“ erheblich - und mit einigen Folgen für die Art der Konkurrenz unter den Produzenten wie für die Art des Gebrauchs durch die Konsumenten - geschwächt.

Fallen der “funktional” erweiterten Demokratie vermeiden (vgl. Hirst 1994).²⁸ Um der Vielzahl freiwilliger Assoziationen (Verbände, Vereine), die es gibt, so wie denen, die es geben kann (Wirtschaftsverbände aller Art, einschließlich der Gewerkschaften, aber auch Verbraucherverbände, Umweltschutzverbände), in der Tat eine politische Rolle zu geben, muß die Rolle des Staates bzw. der zentralen Institutionen der repräsentativen Demokratie neu definiert werden. Was nichts anderes heißt als Aufgeben bzw. Aufbrechen des tradierten staatlichen Politikmonopols, Übertragen von Souveränitätsrechten (bis hin zur Gesetzgebungsinitiative) an kleinere politische Einheiten, die Assoziationen eben. Gewollt ist eine Politisierung der Zivilgesellschaft und eine Pluralisierung des Staates, die den Charakter der Marktwirtschaft durchaus verändern kann - in Richtung auf eine Verhandlungsökonomie. Darin würden Spielregeln ebenso wie Ziele und Pläne öffentlich verhandelt und kollektiv beschlossen, in einem Prozeß, der für viele organisierte und organisierbare Interessen offen ist und bleiben soll. Übergreifende Wirtschaftsparlamente oder -kammern B la Elson, die auf regionaler oder sektoraler Ebene alle relevanten Assoziationen zusammen bringen, können darin durchaus eine Rolle spielen. Der Markt würde sich verwandeln: Austauschprozesse bleiben, aber die berühmten Marktkräfte verlieren ihre Anonymität und Verantwortungslosigkeit, sie werden durchschaubar, kontrollierbar und korrigierbar - und zwar von den direkt und indirekt Beteiligten selbst (vgl. Adaman / Devine 1997).

Die Gefahr besteht, dass die neue Verhandlungsökonomie von den ohnehin schon ökonomisch und sozial (an Wissen, Kontakten usw) Mächtigen beherrscht wird, so dass öffentliche Gewalt und Entscheidungsbefugnisse de facto an die stärksten organisierten Partial- und Privatinteressen übertragen wird. Also wird man in gut demokratischer Tradition bei derartigen Reformen die größte Sorgfalt auf die Organisation wirksamer und dauerhafter Gegenmächte (Oppositionen) verwenden müssen. Das gilt selbstverständlich auch für die zahlreichen intermediären Institutionen (Banken, Versicherungen, Clearingstellen, öffentliche Rechnungslegung und -kontrolle), ohne die eine “sozialisierte” und “demokratisierte” Markt-ökonomie noch weniger auskommt als eine ungebrochen kapitalistische. Ohne eine gründlich durchdachte und umfassende “Verfassungsreform” für

²⁸ Das Konzept der “funktionalen” Demokratie stammt aus der Zeit nach dem Ende des ersten Weltkriegs. Otto Bauer gebrauchte es, um die Regierungsweise in den ersten Jahren der deutschösterreichischen Republik zu beschreiben.

die gesamte Ökonomie ist heute kein sozialistisches und / oder radikaldemokratisches Reformkonzept mehr glaubwürdig. Es gibt viel zu tun. Das dogmatische Bedenken, dass der historische Marx ein scharfer und konsequenter Gegner des seinerzeitigen “Marktsozialismus” war, d.h. der Projekte zeitgenössischer Sozialisten, um mit Hilfe von Geld- und Kreditmanipulationen oder neuartigen Banken bzw. Geldarten eine “gerechte” Tauschökonomie zu realisieren, sollte niemanden von der notwendigen Arbeit abhalten.

Diane Elson hat ihren Vorschlag in jüngster Zeit nachmals erläutert und verteidigt (vgl. Elson 2000). Vor allem gegen den prompt erhobenen Vorwurf, das sei doch reinster Marktsozialismus und Reformismus. Aber nein, so verteidigt sie sich, es gehe gerade darum, der in den meisten marktsozialistischen Konzepten undiskutiert vorausgesetzten Marktlogik zu entkommen, indem man sie mehrfach einschränke und “einbette” in ein Ensemble gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse. Dazu muß man sich aber erst einmal bequemen, das falsche Abstraktum “der Markt” (als solcher) aufzugeben, und statt dessen “Märkte” im Plural, bestimmte Märkte, wie Gramsci gesagt hätte, zu denken. Die Ermahnung ist am Platz, da die meisten Verfechter marktsozialistischer Projekte in der Tat mit der Verschiedenheit von Märkten operieren, während ihre sozialistischen Gegner mit “dem Markt als solchem” und dessen üblen Eigenschaften zu kontern pflegen.²⁹ Im Blick auf eine “Einbettungsstrategie” ist das fatal. Denn das Polanyische Bild der “disembedded markets”, die aus ihrem (vermeintlich ursprünglichen, de facto auch historisch spezifischem und politisch gemachten) gesellschaftlichen Zusammenhang herausgelöst worden sind, das von Karl Polanyi stammt, ist als Schlaglicht und Kurzformel so nützlich, wie analytisch unzureichend. Märkte sind selbst “gesellschaftliche Strukturen”, die ihrerseits die Marktakteure einbetten und einbinden. Die “Außenwelt” für einen Markt bilden andere Märkte, die anders organisiert sind und andere kognitive Strukturen aufweisen. Die Funktionsfähigkeit kapitalistischer Gesellschaften beruht gerade darauf, dass die spezifischen Unterschiede der Märkte nicht eingeebnet, die Ungleichheiten etwa zwischen Arbeitsmärkten und Märkten für Zitronen nicht vergessen werden (vgl. Krätke 2003). Mit der Sozialisierung der Märkte, die dem gesellschaftlichen Verstand Spielraum und Stimmen gäbe, würden die Marktstrukturen selbst transparenter, mithin offener für bewußte

²⁹ Mit Feuereifer aneinander vorbei reden ist bekanntlich eine Kunst, die gerade in den Debatten der intellektuellen Linken sorgfältig gepflegt wird.

Veränderungen. Für die Genossenschaften wäre mit der Sozialisierung der Märkte durchaus etwas gewonnen.

Eine kurze Erinnerung an die Debatte um die Stärken und Schwächen der Produktionsgenossenschaften mag das verdeutlichen. In der Konkurrenz, auf heftig umkämpften Märkten sind die Genossenschaften im Nachteil, weil sie, demokratisch organisiert, wie sie nun einmal sind, grössere Schwierigkeiten haben, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse zu hüten als andere, private Unternehmen (vgl. z.B. Bradley / Gelb 1983, Doucouliagos 1990). In einem "sozialisierten" Markt hätten sie diesen Nachteil nicht, im Gegenteil, ihre Schwäche könnte sich sogar in eine Stärke verwandeln.

6. Radikale Kapitalismuskritik und die Unmöglichkeit der Marktreform

Marx, immer noch mit weitem Abstand der wichtigste Theoretiker des modernen Kapitalismus, hat sich viele Male recht scharf über die Wirtschaftsreformpläne einiger Sozialisten seiner Zeit, insbesondere über die Geldreform- und Tauschbankpläne Proudhons und seiner Anhänger geäußert. Besonders glaubensstarke "Marxisten" wollen daraus eine prinzipielle Kritik "des Marktes" machen - und die akademische Marx-Kritik kommt ihnen entgegen, indem sich einige ihrer Vertreter höflich bis bedauernd über Marx' "Ablehnung des Marktes" wundern (vgl. z.B. Megill 2002).³⁰ Zuviel bzw. zuwenig der Ehre. Marx als Kritiker der Politischen Ökonomie könnte die Mode, Bekenntnisse zum bzw. auch Bekenntnisse gegen "den Markt" abzulegen oder derlei zu erwarten, nur als Symptom eines besonders verwirrten Zeitgeistes sehen. Historische Phänomene wie die kapitalistische Marktökonomie, die aus der mittelalterlichen Marktökonomie hervorgegangen ist, aber eben weit mehr ist als nur eine "Marktwirtschaft" im Großen, lassen sich nicht mit Ablehnungs- oder Zustimmungsritualen intellektuell bewältigen. Da bedarf es schon einiger Anstrengung des Begriffs. Eine Anstrengung, die die herrschende Ökonomie, die offizielle "Marktwirtschaftslehre" also, bis heute nicht geleistet hat, da ihre Adepten seit jeher Begriffsbildung mit wilden, spekulativen Abstraktionen verwechseln und vom Verständnis

³⁰ Als Nicht-Marxist ist Alan Megill so fair, die Gegenargumente einiger Marxologen, also z.B. meine, doch zur Kenntnis und ernst zu nehmen.

selbst des einfachsten Marktes meilenweit entfernt sind. Die Standardökonomie versteht unter Markt einen geldlosen Naturaltausch, der allerdings nicht von den dazu passenden Individuen und Gruppen betrieben wird, sondern von modernen, kapitalistischen Privatunternehmern. Ihr Bild vom Markt ist historisch und sozial-wissenschaftlich so prämodern und falsch wie eh und je, dem Erkenntnisobjekt "Markt im modernen Kapitalismus" unangemessen, und noch nicht einmal imstande, den geldlosen Tauschhandel (barter) adäquat zu erfassen. Man kann das noch so sehr mit Pseudomathematik garnieren, besser wird es dadurch nicht, nur esoterischer. Was für eine herrschende Lehre mit Ideologiefunktion ja genügt. .

Marxisten pflegen marktsozialistische Projekte prinzipiell zu verdammen. Vom Reformismus - Vorwurf abgesehen, beruht der zentrale Einwand auf der vielfach variierten Vorstellung, Märkte, alle Märkte, gleich in welcher Form, der Markt an sich, führten zu einer Form von entfesselter, blind expandierender Tauschgesellschaft, die ihren Verstand verliert und Entfremdung, Unterdrückung und Ausbeutung in allen möglichen Formen hervorbringt, zum Kapitalismus eben. Es ist der Brauch, diese generelle Behauptung mit mehr oder weniger gelehrten Hinweisen auf Marx' Kritik an den proudhonistischen Geld- und Kreditreformern zu schmücken. Wer auf sich hält im Marxismus, wird auch den Hinweis auf Marx' Darstellung des Übergangs vom Markt bzw. den elementaren Marktkategorien wie Ware, Geld und Austausch zum Kapital im ersten Band des KAPITAL nicht scheuen. Daraus folgt eine Art marxistisches Fundamentaltheorem: Eine sozialistische Ökonomie könne nur eine markt- und geldlose Ökonomie sein.

Das ist historisch völlig uninformiert und obendrein logisch wie marxologisch falsch. Marx hatte eine, wenn auch begrenzte Kenntnis der europäischen und mediterranen Marktwirtschaft des hohen Mittelalters, deren historische Erforschung zu seiner Zeit erst begann. Noch um 1800, also in den Anfangsjahren der so genannten "industriellen Revolution" in Europa, gab es weltweit hochentwickelte Marktsysteme - so in China, in Indien, im persischen Großreich ebenso wie im ottomanischen Reich, aber auch in Teilen Afrikas, um nur die wichtigsten zu nennen -, die durchaus nicht kapitalistisch organisiert waren. Sie funktionierten gleichwohl und, soweit sich das rekonstruieren lässt, weit effizienter als die

Marktsysteme im alten Europa.³¹ Die Entwicklung von einer Marktökonomie zum Kapitalismus fand allerdings nur in Europa statt, was weit mehr mit der politischen Struktur des alten Kontinents als mit einer universalen Logik der Märkte zu tun hat. Wenn es vor- und nichtkapitalistische Markt-ökonomien gab, warum soll es keine Marktökonomien jenseits des Kapitalismus geben?

Die marxologischen Erwägungen der Freunde des Fundamentaltheorems sind auch nicht viel besser. Im ersten Band des KAPITAL ist die Rede von der Ware, vom Geld und vom Austauschprozeß, am Rande und gelegentlich sogar von der Privatproduktion bzw. Warenproduktion als solcher bzw. als solchem. Eine historische Bestimmung fehlt bzw. verweist, wo sie gegeben wird, ganz eindeutig auf die Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht. Oft genug hat Marx in seinen Manuskripten klar gesagt, was er beabsichtigte: Eine Darstellung der elementaren Formen ökonomischen Handelns, die in der “abstraktesten Sphäre” des Gesamtprozesses einer kapitalistischen Marktökonomie, im isoliert gefaßten Moment der “einfachen”, scheinbar voraussetzungslosen Zirkulation bereits zutage treten. Von Anfang an ist vom entwickelten Kapitalismus, von Märkten im Kapitalismus die Rede, auch dort, wo davon nicht ausdrücklich gesprochen wird. Allerdings sieht es so aus, als sei die Bestimmungen der “einfachen Zirkulation” allgemeine, historisch unspezifische Aussagen über Märkte, Waren, Geld im allgemeinen, zu allen Zeiten und an jedem Ort. Das Abstraktionsniveau, das Marx am Anfang des ersten Bandes des KAPITAL durchhält (wenn auch nicht bruchlos), kann dazu zu diesem Missverständnis verführen, obwohl die Art der Darstellung - in “Entwicklungen”, die jeweils sprunghaft aus einer vertrackten Situation in die andere führen, wo sich ähnliche Schwierigkeiten in anderer Weise reproduzieren - bereits wieder dagegen spricht. Marx’ Darstellung folgt einer geradezu verqueren Logik, was selbst einigen Philosophen aufgefallen ist. Er beginnt z.B. nicht mit den Marktakteuren, den zum Austausch willigen und fähigen Individuen oder Gruppen, die einen Markt abhalten oder veranstalten, sondern mit der Ware und deren Eigenschaften. Das ist verquer, aber diese verquere Darstellung passt haargenau zur verkehrten Welt des

³¹ Wallerstein, der von diesen Untersuchungen frühzeitig wußte, hat daraus den falschen Schluß gezogen, lieber den Begriff des Kapitalismus zu opfern und fortan unter Kapitalismus nur noch einfach Märkte und Handel zu verstehen, als sein historisch falsches Konzept vom “kapitalistischen Weltsystem” aufzugeben. Sankt Marx wird ihm verzeihen, aber falsch bleibt es.

Kapitalismus, in dem die Marktakteure im Denken und Handeln von eben diesen scheinbar dinglichen Eigenschaften der Waren beherrscht werden und dem Abstraktum “Markt” oder “Geld” gehorchen. Die voll entfalteteten und entwickelten Wertformen, auf die Marx hinaus will, entstehen, gelten und etablieren sich aber erst im Kapitalismus. Folglich haben alle Abstraktionen, die von Marx bewusst gemacht, nicht einfach reproduziert werden, einen guten historischen Sinn: Um sich z.B. die ganze Gesellschaft als eine Verkettung von Austauschakten vorzustellen und sie darauf zu reduzieren, wie das schon einige Ökonomen des 18. Jahrhunderts taten, bedarf es einer gehörigen Entwicklung der kapitalistischen Marktökonomie, die die vollständige Do-minanz von Marktverhältnissen und Markthandlungen denkbar erscheinen läßt. Die Kategorien der Politischen Ökonomie, um deren Kritik es Marx geht, sind gerade in ihrer abstrakten Allgemeinheit Produkte wie Elemente einer bereits weit entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Da Marx im KAPITAL von Märkten, von Ware, Geld und Austauschprozessen im modernen Kapitalismus spricht, steht das marxistische Fundamentaltheorem auch marxologisch auf schwachen Füßen. Proudhonistische, gesellianische und sonstige Zirkulationskunststücke werden dadurch nicht richtiger oder besser; Marx’ Kritik trifft sie bzw. ihre heutigen Nachfolger so scharf wie eh und je. Es ist eine haltlose Vorstellung, durch Geldreformen (Arbeitsgeld, Schwundgeld usw.) den Kapitalismus los werden zu können. Aber diese Kritik trifft keineswegs sämtliche marktsozialistischen Vorstellungen und Projekte.³² Soweit diese Marxsche Kritik trifft, ist sie nicht für Märkte als solche, sondern im Blick auf existierende kapitalistische Marktökonomien formuliert.

Kurz und gut (bzw. schlecht für die Dogmatiker, die Marx nach wie vor im Schilde führen): Mit (marxo)logisch und historisch falschen Scheinargumenten lässt sich gegen “marktsozialistische Projekte” gar nichts beweisen. Die brauchen darum nicht richtig im Sinne von überlebens- und leistungsfähig zu sein, aber das muß man schon anders begründen. Es gibt kein systematisches Argument, warum man die Verwandlung von Geld in Kapital oder auch die Verwandlung von Handelskapital in industrielles Kapital nicht verhindern

³² Einige schon, z.B. solche, die mit Varianten des “Arbeitsgeldes” und der Owenistischen Tauschbanken operieren, also eigentlich doch “den Markt” gleich abschaffen wollen.

können sollte. Denn die sind, wie sich gerade an Marx' in der Tat dialektischer Darstellung des Übergangs von der "einfachen Zirkulation" zum Kapital zeigen läßt, äußerst voraussetzungsvoll. Die Voraussetzungen, um die es dabei geht, liegen vor bzw. jenseits der elementaren Wertformen und ihres Zusammenhangs im entwickelten Austauschprozeß. Gerade die für den modernen Kapitalismus fundamentalen Märkte für fiktive Waren, wie der Arbeitsmarkt, der Geld- und Kapitalmarkt, sind mit den Elementarformen von Ware und Geld allein noch keineswegs auf den Begriff zu bringen und benötigen weit mehr und weit komplizierte Voraussetzungen als nur das Vorhandensein von Märkten und Marktbeziehungen zwischen einigen Produzenten. Die scheinbare Automatik der verkehrten Welt, die Marx ja zu kritisieren unternahm, läßt sich durchaus brechen und unterbrechen. Immer vorausgesetzt, man weiß, was man tut. Wirtschaftshistoriker werden zu Recht auf das eindrucksvolle Beispiel des kirchlichen Zinsverbots verweisen. Ein Verbot, das durch allerlei trickreiche Konstruktionen umgangen wurde, bis es schließlich auf offiziell fiel. Allerdings nur, weil die Kirche selbst schon seit Jahrhunderten zu einem zentralen Akteur der entstehenden Geldwirtschaft geworden war.

Gutes Leben ist freies Leben, so hat es Baruch de Spinoza im fünften Buch seiner *Ethik* bestimmt. Frei leben können Menschen aber nur in einer Gesellschaft, die ebenfalls aus Freien besteht - meine Freiheit endet, wo die Unfreiheit der anderen beginnt und wo ich selbst an deren Unfreiheit teil habe. Ohne den Zusammenhang mit anderen, ohne Gesellschaft ist menschliche Freiheit gar nicht denkbar; sie ist dem Begriff nach stets Freiheit des Einzelnen in einer wohlgeordneten Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die idealiter allen Einzelnen den gleichen Freiheitsspielraum zugesteht, folglich allen Einzelnen auch die gleichen Beschränkungen der individuellen Handlungsmöglichkeiten auferlegt. Unüberbrückbare Gegensätze sind Freiheit und Gleichheit nur im dogmatischen Weltbild der (Neo)liberalen. Logisch ist das Konzept einer "sozialen Demokratie" als notwendiger Voraussetzung von "Freiheit" dagegen gut begründet. Liberale tragen noch die Erinnerung an die Utopie des guten Lebens mit sich, auch wenn sie heute, unter dem Joch des neoliberalen Dogmas, Freiheit mit Handels- und Marktfreiheit zu verwechseln pflegen. So wie sie auch die Wirtschaftsdemokratie mit der angeblichen "Demokratie" des Marktes verwechseln, die es zu verteidigen gelte. Die Sozialisten haben ein anderes Problem: Der Alpdruck des gescheiterten Staatssozialismus verdüstert noch immer die Gemüter auch der entschiedensten

Gegner des Leninismus-Stalinismus.

Eine Grundüberzeugung eint alle Spielarten des Leninismus (Trotzkismus, Stalinismus): der Glaube an die Demokratieunfähigkeit der Arbeiter, insbesondere der bei den proletarischen Napoleons stets beliebten Arbeiter"massen". Proletarier wie Proletariat können zur Selbstregierung und Selbstverwaltung erst durch den Tugendterror einer selbsternannten Avantgarde von Berufsrevolutionären kommen.³³ Dagegen bestanden nun Marx und Engels Zeit ihres Lebens auf der kühnen Behauptung, die Emanzipation der Arbeiterklasse könne nur ihr eigenes Werk sein. So wie die Emanzipation der Frauen nur ihr eigenes Werk sein kann.

Daraus folgt allerdings auch, dass die Arbeiterklasse für ihr eigenes Schicksal verantwortlich ist, ihre eigenen Fehler macht, aber auch imstande ist, zu lernen und sich selbst wie ihre Lebensumstände zu ändern. Der Abschied von der Utopie der reinen Marktgesellschaft bedeutet zugleich die Wiederentdeckung der Möglichkeit, die selbstgeschaffenen "Umstände" auch wieder zu ändern und die Menschen mit ihnen. Dies, so Karl Polanyi im Jahre 1944, ist "die Bedeutung der Freiheit in einer komplexen Gesellschaft; sie gibt uns die ganze Gewißheit, derer wir bedürfen" (1977, S. 320) und damit auch den Mut, ohne "historische Notwendigkeit" im Rücken, "alle Ungerechtigkeit und Unfreiheit, die sich beseitigen lassen, zu beseitigen" (ebd.). Mehr als den Mut, uns unseres Verstandes zu bedienen, brauchen wir heute auch nicht.

³³ Marx, obwohl ein typischer Intellektueller und seiner Lebensweise nach durchaus ein gebildeter Bourgeois mit einigen patriarchalischen Allüren und diktatorischen Neigungen, haßte Berufsrevolutionäre und misstraute ihnen gründlich. Er tat, was er konnte, griff gelegentlich auch zu unfeinen Methoden, um die jungen Arbeiterorganisationen davor zu bewahren, in die Hände von Berufsrevolutionären zu fallen.

Literatur

F. Adaman / P. Devine, 1997, On the Economic Theory of Socialism, in: New Left Review, 221, 54 - 80

P.K. Bardhan / J.E. Roemer, 1993, (eds), Market Socialism. The Current Debate, Oxford

K. Bradley / A. Gelb, 1983, Worker Capitalism: The New Industrial Relations, Cambridge, Mass.

W. Brus / K. Laski, 1989, From Marx to the market. Socialism in search of an economic system, Oxford

R. Dahl, 1985, A Preface to Economic Democracy, Berkeley CA

Ch. Doucouliagos, 1990, Why Capitalist Firms Outnumber Labour-Managed Firms, in: Review of Radical Political Economy, Vol. 22, S. 18 - 43

D. Elson, 1988, Market Socialism or Socialisation of the Market?, in: New Left Review, 172, 3 - 44 (deutsch in: Prokla Nr. 78, 1990)

D. Elson, 2000, Socializing Markets, not Market Socialism, in: Socialist Register 2000, S. 67 - 85

S. Engländer, 1864, Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen, Hamburg, 4 Bde

Ch. Gide, 1922, Hitorique des associations coopératives de production, Paris

C. Gould, 1988, Rethinking Democracy: Freedom and Special Cooperation in Politics, Economy and Society, Cambridge

T. Grigorovici, 1910, Die Wertlehre bei Marx und Lassalle, in: Marx-Studien, 3. Band, Wien, S. 483 - 575

C.E. Gunn, 1984, Worker's Self-Management in the United States, Ithaca, N.Y.

H. Häntschke, 1894, Die gewerblichen Produktivgenossenschaften in Deutschland, Charlottenburg

F.A. Hayek, 1935, (ed), Collectivist Economic Planning, London

P. Hirst, 1994, Associative Democracy. New Forms of Economic and Social Governance, Amherst

B. Horvat, 1982, The Political Economy of Socialism: a Marxist Social Theory, Oxford

Sh. Kasmir, 1996, The Myth of Mondragon. Cooperatives, Politics, and Working-Class Life in a Basque Town, Albany N.Y.

M.R. Krätke, 2003, Der Mythos des Marktes, oder Wo der gesellschaftliche Verstand (nicht) zu finden ist..., Vortrag auf dem Adorno Symposium, Frankfurt a.M., 29. April 2003

W. Kruck, 1992, "Transformationsgesetz" und Wirklichkeit der Oppenheimerschen Genossenschaftstheorie, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Bd. 15, S. 1 - 16

O. Lange, 1938, On the Economic Theory of Socialism, in: O. Lange / Fred M. Taylor, On the Economic Theory of Socialism, New York - Toronto

D. Lavoie, 1985, Rivalry and Central Planning. The Socialist Calculation Debate Reconsidered, Cambridge / New York

- H. Leibenstein, 1987, Inside the Firm: The Inefficiencies of Hierarchy, Cambridge MA
- A. Megill, 2001, Karl Marx. The Burden of Reason (Why Marx Rejected Politics and the Market), Lanham - Boulder
- D. Miller, 1989, Market, State and Community. Theoretical Foundations of Market Socialism, Oxford
- L. von Mises, 1920, Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 47, S. 86 - 121
- L. von Mises, 1922, Die Gemeinwirtschaft: Untersuchungen über den Sozialismus, Wien
- O. Neurath, 1919, Durch die Kriegswirtschaft zur Naturwirtschaft, München
- O. Neurath, 1920, Vollsozialisierung - Von der nächsten und übernächsten Zukunft, Jena
- O. Neurath, 1925, Wirtschaftsplan und Naturalrechnung, Berlin
- A. Nove, 1992, The Economics of Feasible Socialism Revisited, London
- K. Novy, 1978, Strategien der Sozialisierung, Frankfurt a.M.
- F. Oppenheimer, 1896, Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Berlin
- F. Oppenheimer, 1898, Großgrundeigentum und soziale Frage. Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft, Berlin
- K. Polanyi, 1978, The Great Transformation, Wien (1944)
- B. Potter, 1891, The Co-operative Movement in Great Britain, London

C. Pierson, 1995, *Socialism after Communism. The New Market Socialism*, Cambridge

M. Prinz / K. Novy, 1985, *Illustrierte Geschichte*

M. Prinz, 1993, *Das Ende der Konsumvereine in der Bundesrepublik Deutschland*, in:
Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1993 / 2, S. 159 - 188

K. Renner, 1931, *Skizze einer ökonomischen Theorie des Genossenschaftswesens*,
Vierteljahresschrift für das Genossenschaftswesen, 8. Jg., S. 89 - 96 (als Broschüre wieder
veröffentlicht: Hamburg 1951)

J.E. Roemer, 1994, *A Future for Socialism?*, London

D. Sassoon, 1996, *One Hundred Years of European Socialism*, London

A. Schäffle, 1874, *Die Quintessenz des Sozialismus*, Gotha

F. Scharpf, 1999, *Governing in Europe: Effective and Democratic?*, Oxford

D. Schweickart, 1980, *Capitalism or Worker Control? An Ethical and Economic Appraisal*,
New York

D. Schweickart, 1995, *Against Capitalism*, Cambridge/Paris

K. Tisch, 1932, *Wirtschaftsrechnung und Verteilung in zentralistisch organisierten sozialisti-
schen Gemeinwesen*, Wuppertal-Elberfeld

H. Thomas / D. Logan, 1982, *Mondragon: An Economic Analysis*, London

R.M. Unger, 1987, *False Necessities*,

R.M. Unger, 1998, *Democracy Realized. The Progressive Alternative*, London: Verso

W.P. Watkins, 1970, *The International Co-operative Alliance, 1895 - 1970*, London

B. Webb / S. Webb, 1920, *A Constitution for the Socialist Commonwealth of Great Britain*, London

J.A. Yunker, 1992, *Socialism Revised and Modernized. The Case for Pragmatic Market Socialism*, New York: Praeger

D. Zwerdling, 1980, *Workplace Democracy: A Guide to Workplace Ownership, Participation and Self-Management Experiments in the United States and Europe*, New York